

DER DONAURAUM



Zeitschrift des
Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa

37. Jahrgang
1997/Spezialheft:
Ukraine

DER DONAURAUM

Zeitschrift des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa als Vierteljahresschrift

Herausgegeben vom Institut für den Donauraum und Mitteleuropa

(Vorsitzender des Vorstandes: Vizekanzler a. D. Dr. Erhard Busek)

Ständiges Redaktionskomitee des Vorstandes:

Chefredakteur Dr. Hans Magenschab (Stv. Vorsitzender)

Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Gerhard Fink (Generalsekretär)

Sekt.-Chef Min.-Rat i. R. Dr. Othmar Huber (Stv. Generalsekretär)

O. Univ.-Prof. Dr. Horst Haselsteiner

Dr. Alexander Petsche (Schriftführer)

Redaktion:

Gregor Razumovsky

Herausgeber dieses Bandes:

Sekt.-Chef Dr. Othmar Huber

Gregor Razumovsky

Gefördert von:

Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr in Wien

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Bundesländerversicherung

Wirtschaftskammer Kärnten



Zuschriften und Manuskriptzusendungen sind zu richten an:

Gregor Razumovsky

Institut für den Donauraum und Mitteleuropa

Berggasse 21/14a, A-1090 Wien

Tel. (+ 43 1) 319 72 58-17

Fax (+ 43 1) 319 72 58-4

Bestellungen sind zu richten an:

Springer Verlagsauslieferungen, Sachsenplatz 4-6, Postfach 88, A-1201 Wien.

Tel. (++ 43 1) 330 24 33, KÖBU Data: SPRINGER-VERLAG, Telex 114506 spriw a, Telefax (++ 43 1) 330 24 39

e-mail: g.razumovsky@idm.at

In den einzelnen Beiträgen in den Vierteljahresschriften wird ausschließlich die Meinung des zeichnenden Autors wiedergegeben.

Das Copyright liegt allein beim Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, das auch für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr übernimmt.

© 1998 by Böhlau Verlag Ges. m. b. H. und Co. KG, Sachsenplatz 4-6, 1201 Wien

Alle Rechte vorbehalten

ISSN 0012-5415

Satz: Hutz, A-1210 Wien

Druck: Novographic, 1238 Wien

Inhalt

Othmar HUBER / Gregor RAZUMOVSKY	
Vorwort	5
Anton FILIPENKO	
Politik für ein wirtschaftliches Wachstum in der Ukraine: Notwendigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs	7
Karl ANDERWALD	
Regionalpartnerschaft Kärnten – Bukovyna: Stand und Perspektiven	14
Herwig GRÄBNER	
Schulpartnerschaft des Bundesrealgymnasiums Spittal an der Drau mit dem Gymnasium I in Černivci	19
Anton FILIPENKO	
Politisch-wirtschaftliche und soziale Transformationsprozesse in der Ukraine	21
Stefan KARNER	
Integration und Desintegration in Osteuropa	27
Georg WEISS	
Österreichisch-ukrainische Beziehungen	39
Volodymyr DEMČENKO	
Zustand und Perspektiven der ukrainisch-österreichischen Wissenschaftsbeziehungen	42
Othmar HUBER	
Österreichisch-ukrainische Wissenschaftsbeziehungen	48
Juliane BESTERS-DILGER	
Die Ukrainistik in Wien und die Rolle des Ukrainischen in Österreich	50
Die Autoren	55

Als **österreichische wissenschaftliche Institution** sieht das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa seine Aufgabe darin, Forschungsprojekte über die sozialen, ethnischen, historischen, politischen und wirtschaftlichen Probleme des Donauraumes durchzuführen und im Rahmen seiner **Lehrtätigkeit** dem internationalen Fachpublikum, aber auch der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Besonderes Augenmerk legt das IDM auf seine Rolle als **Informations- und Dokumentationsstelle** für alle Belange des Donauraumes und der mitteleuropäischen Staaten.

Das IDM ist als **private Institution auf Vereinsbasis** organisiert und wird aus Mitteln des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr, des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten sowie von Seiten der Bundesländer, einzelner Städte und den Kammern unterstützt.

Grundlagenarbeit

IDM leistet Grundlagenarbeit für Behörden und Wirtschaft und unterstützt das österreichische Engagement in der Zentraleuropäischen Initiative.

Forschung

IDM forscht über Geschichte und Kultur, Politik und Wirtschaft der Staaten des Donauraumes und Mitteleuropas und geht ethnischen und sozialen Fragestellungen dieses Raumes nach.

Lehrtätigkeit

IDM übt im Rahmen international beschickter Sommerseminare, aber auch auf Symposien und Diskussionsveranstaltungen Lehr- und Ausbildungsfunktion aus.

Publikationen

IDM publiziert vierteljährlich die wissenschaftliche Zeitschrift „Der Donauraum“ und 4- bis 6mal im Jahr das „IDM-Info“ mit aktuellen Kurzmitteilungen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft der Staaten des Donauraumes und Mitteleuropas.

Dokumentation

IDM dokumentiert die neuesten Entwicklungen in den Staaten des Donauraumes und die Ergebnisse eigener Forschungsprojekte.

Veranstaltungen

IDM veranstaltet Sommerkollegs mit integrierten Sprachkursen für Studenten und Wissenschaftler aller Fachrichtungen aus den mitteleuropäischen Ländern.

Mitgliedschaft beim IDM

Jahresmitgliedsbeitrag öS 500,- (ermäßigter Beitrag für Studenten öS 300,-).

Jahresmitgliedsbeitrag für Institutionen und Firmen mindestens öS 2000,-.

Das Institut bietet den Mitgliedern

- aktuelle Information durch das IDM-Info Donauraum und Mitteleuropa (gratis!)
- begünstigten Bezug der Zeitschrift „DER DONAURAUM“ (für Mitglieder 20% Ermäßigung)
- Einladungen zu Institutsveranstaltungen und Benützung der Institutsdokumentation

Vorwort

Das vorliegende Spezialheft der Zeitschrift „Der Donauraum“ entstand durch die Zusammenfassung der Referate, die anlässlich des Workshops „Die Ukraine – 6 Jahre nach der Unabhängigkeit“ vom 29. auf den 30. September 1997 an der Universität Klagenfurt gehalten wurden. Veranstalter der Tagung war das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa; dennoch muß bereits eingangs darauf hingewiesen werden, daß das Gelingen der Veranstaltung ohne die großzügige Unterstützung des Bundeslandes Kärnten, der Bundesministerien für Wissenschaft und Verkehr, für Unterricht und Kulturelle Angelegenheiten sowie für Auswärtige Angelegenheiten wohl kaum gewährleistet gewesen wäre. Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle jedoch auch die Rolle, welche die Universität Klagenfurt, aber auch jene der Stadt Klagenfurt, der Wirtschaftskammer Kärnten, der Firma Ilbau sowie der AUA beim Erfolg der Tagung spielten. Der veranstaltete Workshop wurde zudem durch die tatkräftige Hilfe der Botschaften in Wien und Kiew, durch S. E. Botschafter Dr. Mykola P. Makarevyč und S. E. Botschafter Dr. Klaus Fabjan, unterstützt und mitgetragen.

Zwischen Österreich und der Ukraine bestehen traditionell tiefe Beziehungen, die weit über das Maß der bloßen gemeinsamen staatspolitischen Geschichte hinausgehen: So galt die von den Habsburgern beherrschte heutige Westukraine den Freiheitskämpfern in der Ostukraine als „Piemont“, als Zufluchtsort und, zu diesem Zeitpunkt, als einziger Hort ukrainischer Kultur. „Galizien und Lodomerenien“ war zudem ein einzigartiges polyethnisches und multikulturelles Gebilde, das von gegenseitiger Toleranz und einem großen Maß an Laisser-faire geprägt war. Um sich der literarischen Topoi zu bedienen: In diesem Schmelziegel lebten auf engstem Raum polnische Bürger, österreichische Beamte, ruthenische Bauern und jüdische Händler in einer allseits nutzbringenden Symbiose friedlich zusammen, ohne daß die sprachliche Vielfalt zu Verwirrung oder die unterschiedlichen religiösen Ausprägungen zu Aggression geführt hätten. Ein Ausdruck dieser besonderen Verhältnisse ist sicherlich die exzentrische literarische Kreativität, die den Raum kennzeichnet: Man denke nur an Joseph Roth, Paul Celan oder Manès Sperber und an ihre Bedeutung für die deutschsprachige Literatur im weiteren Sinne, aber auch für die europäische Kultur, von der alle genannten Autoren mittlerweile vereinnahmt worden sind. Als 1991 die Ukraine nach zweihundertsiebenundzwanzig Jahren Fremdherrschaft und noch längerer Teilung wiedervereinigt die Unabhängigkeit wiedererlangte, hat Österreich rasch und positiv reagiert und eine der ersten Botschaften in Kiew eingerichtet, der auch ein Kulturattaché zugeteilt wurde. Seither haben sich die positiven Beziehungen zwischen beiden Staaten kontinuierlich entwickelt. So finanzierte das österreichische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, unter der Leitung des damaligen Vizekanzlers Dr. Erhard Busek, seit 1995 Vorsitzender des IDM, eine Außenstelle des österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts (ÖOSI) in L'viv.

Und am 28. August 1998 wurde in L'viv von Frau Bundesministerin Elisabeth Gehrer in Nachfolge des „Österreichisch-Ukrainische Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur“ eröffnet, das von einem früheren Mitarbeiter des IDM, Dr. Reinhold

Hohengartner, geleitet wird. Dieser Schritt stellt wohl einen vorläufigen Höhepunkt in den ausgesprochen fruchtbaren kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und der Ukraine dar und gibt eindrucksvoll sowohl das Interesse der ukrainischen Bevölkerung an der österreichischen Kultur als auch das Entgegenkommen Österreichs auf diesen Wunsch wieder.

Unter dem Druck der üblichen redaktionellen Vorgaben und Zwänge mußte eine Auswahl der vorgelegten Manuskripte vorgenommen werden. Daß hierbei eine Reihe gleichfalls wertvoller Beiträge unberücksichtigt bleiben mußten, entspricht selbstredend nicht der Absicht, die Texte zu zensieren, sondern entspringt vielmehr dem redaktionellen Zwang, Schriftgut durch Anpassung in Druckgut zu verwandeln und in ein vorgegebenes Format einzupassen. Ein weiterer, wenn auch eher redaktioneller Zwang verpflichtete uns, einige der Texte substantiell zu überarbeiten, um sie verständlicher und gefälliger zu machen. Daß dies auf Grund der Sprachbarriere nicht immer möglich war, wir aber dennoch lieber ein paar mitunter mißverständliche Formulierungen stehen lassen wollten, als auf eine Reihe der Beiträge zu verzichten, möge auf Nachsicht bei unseren Lesern treffen. Wir hoffen, daß anerkannt werden wird, daß wir unser möglichstes innerhalb der redaktionellen Befugnisse getan haben, ohne jedoch die Autorenrechte zu verletzen. Die vorgebrachten Meinungen widerspiegeln die Ansichten des jeweiligen Autors, jedoch nicht notwendigerweise die des IDM. Die vorliegenden Texte behandeln zudem ein weites Spektrum an Themen, die sich nicht auf das eine oder andere Feld beschränken lassen, sondern sich vielmehr der Aufgabe widmen, die Komplexität der implizierten Fragestellung, die sich aus der thematischen Vorgabe „Die Ukraine – sechs Jahre nach der Unabhängigkeit“ ergibt.

Othmar Huber / Gregor Razumovsky

Politik für ein wirtschaftliches Wachstum in der Ukraine

Notwendigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs

Die Zyklizität der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt und die Erfahrung vieler postsozialistischer Länder insbesondere zeugen, daß nach dem dauernden und starken Rückgang in der Wirtschaft, der vom Ausbruch der Inflation, der Erhöhung der Arbeitslosigkeit, von wirtschaftlicher Konjunkturschwäche und vielen anderen negativen Erscheinungen begleitet wurde, eine Periode des allmählichen, aber stetigen wirtschaftlichen Wachstums begonnen hat.

Solche Prozesse entstanden nach der großen Krise und Depression in den Jahren 1929–1933, in den Nachkriegsjahren oder nach dem Erdölschock der siebziger Jahre.

Der Zerfall der Sowjetunion und des ganzen Osteuropäischen Blocks am Ende der achtziger und am Anfang der neunziger Jahre hat auch zu einer tiefen Wirtschaftskrise in den mittleren und südöstlichen Ländern Europas und in den neuen unabhängigen Staaten, die aus den Ruinen der ehemaligen UdSSR entstanden, geführt. In vielen dieser Staaten sind die Krisenerscheinungen 1997 bereits überwunden gewesen und dort begann auch sogleich der Prozeß des stabilen wirtschaftlichen Wachstums.

Tabelle 1
Dynamik der wirtschaftlichen Veränderungen in den mittleren und südöstlichen Ländern Europas und in den neuen unabhängigen Staaten (% im Vergleich zu dem Vorjahr)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Albanien	-28,0	-7,2	9,6	9,4	8,9	8,2
Weißenland	-1,2	-9,7	-10,6	-12,2	-10,2	2,0
Bulgarien	-11,7	-7,3	-1,5	1,8	2,6	-9,0
Kroatien	-3,7	0,8	1,5	5,0
Tschechische Republik	0,9	2,6	4,8	4,2
Estland	-7,9	-21,6	-8,4	-0,1	3,2	3,1
Ungarn	-11,9	-3,1	-0,6	2,9	1,5	1,0
Lettland	-11,1	-35,2	-16,1	2,2	0,4	2,5
Litauen	-13,1	-51,9	-24,2	1,0	3,1	3,5
Makedonien	-8,4	-4,0	-1,4	1,1
Moldova	-17,5	-29,1	-1,2	-31,2	-3,0	-8,0
Polen	-7,0	2,6	3,8	6,0	6,5	5,5
Rumänien	-12,9	-8,8	1,5	3,9	7,1	4,1
Slowakei	-3,7	4,6	6,8	7,0
Slowenien	2,8	5,3	3,9	3,5
Ukraine	-11,9	-17,0	-16,8	-23,0	-12,0	-10,0
Rußland	-5,0	-14,5	-8,7	-12,6	-4,0	-2,8
Armenien	-12,4	-52,6	-14,1	5,4	6,9	6,6
Azerbaidžan	-0,7	-22,1	-23,1	-18,1	-11,0	1,3
Georgien	-20,6	-44,8	-25,4	-11,4	2,4	10,5

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Kazachstan	-13,0	-14,0	-12,0	-25,0	-8,9	1,0
Kirgistan	-7,9	-13,9	-15,5	-20,1	1,3	5,6
Tadžikistan	-7,1	-2,8	-11,1	-21,4	-12,5	-7,0
Turkmenistan	-4,7	-5,3	-10,0	-18,8	-8,2	-3,0
Uzbekistan	-5,0	-11,1	-2,3	-4,2	-0,9	1,0

Quelle: World economic outlook. May, 1997, IMF, Wash.D.C. 1997, p.141

Die Ukraine gehört leider nicht zur Gruppe der mitteleuropäischen „Tiger“ (Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Slowakei, Estland, Kroatien). In diesen Staaten erfolgte bis Ende 1997 ein beachtlicher wirtschaftlicher Aufschwung, während die Ukraine, wie zu erkennen war, fast das einzige der postsozialistischen Länder zu sein schien, welches die wirtschaftliche Krise nicht überwinden, und deshalb auch nicht den Weg des stabilen wirtschaftlichen Wachstums einschlagen konnte.

Die unterbrochene Industrieproduktion, welche zum Verlust von mehr als der Hälfte des wirtschaftlichen Staatspotentials führte (das reale Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahre 1992 137,4 Milliarden Rubel und im Jahre 1996 nur mehr 52,5 Milliarden Rubel [gemessen am Rubelwert des Jahres 1990, Anm. d. Red.]¹), spitzt die sozial-wirtschaftliche Situation im Lande zu und setzt die Souveränität und Unabhängigkeit der Gefahr aus. Die äußeren Staatsattribute werden nicht durch eine entsprechende materielle Basis gestützt, sondern sie verlieren im Gegenteil ständig an wirtschaftlicher Grundlage.

In diesem Zusammenhang stellen sich einige Fragen. Erstens, welche Ursachen sind schuld an diesem kläglichen Zustand der ukrainischen Wirtschaft? Zweitens, welche Kräfte und Faktoren sind für die Erreichung der notwendigen Wende im wirtschaftlichen Bereich einzusetzen, d. h. für die Beendigung der Krise, für die Belebung der Industrieproduktion und für den wirtschaftlichen Aufschwung vonnöten? Drittens, welche Mechanismen und welches Regelwerk können den Weiterbestand des Staates garantieren?

Die Antwort auf die erste Frage über die Ursachen des drohenden Zustandes kann man in drei Bestandteile gliedern: politische, wirtschaftliche und geistig-psychologische. Die politische Struktur der Gesellschaft und des Parlaments sowie der unteren Machtgliederungen führte zum Mangel an politischem Willen beim Herangehen an eine Lösung wirtschaftlicher Fragen. Außerdem wurde die Wirtschaft zum Objekt der endlosen politischen „Beurteilungen“ und somit zur politischen Geisel.

Unter den wirtschaftlichen Ursachen sollen in erster Linie folgende betont werden: die deformierte, durch die Schwerindustrie und den militärisch-industriellen Komplex überbelastete Wirtschaftsstruktur, die Produktion mit hoher Verschwendungen von Ressourcen, Materialien und Energien, die als Erbschaft von der ehemaligen UdSSR geblieben ist, sowie die auf den Weltmärkten nicht konkurrenzfähige Produktion, welche ein Hemmnis

1 Tendenzen der ukrainischen Wirtschaft. Juni 1997 und Vierteljährliche Ergänzung. – Ukrainisch-europäisches Beratungszentrum für die Fragen der Gesetzgebung. – K., 1997, S. 8.

für unsere wirtschaftliche Entwicklung bleibt und bis jetzt wie ein Bleigewicht am Wirtschaftskörper hängt. Man sollte noch die Gesamtheit von äußeren und inneren Traumata hinzufügen, welche die Wirtschaft der Ukraine im Übergang zum freien Markt schmerzhaft erschüttert haben. Es handelt sich vor allem um den Außenpreisschock, der von der schwindelerregenden Preiserhöhung der Brennstoff- und Energieressourcen, von unbremster Verschlechterung der Bedingungen für den Außenhandel der Ukraine (terms of trade), mit entsprechendem Abfluß von zahlreichen Finanz- und Devisenressourcen aus dem Staat und, als Konsequenz, von Hyperinflation begleitet wurde.

Die zweite wesentliche Ursache war ein Ressource-technologischer Schock als Ergebnis des Abbruches von traditionellen produktions-technologischen Verbindungen mit den früheren Partnerstaaten – RGW-Mitgliedern – und mit den Republiken der ehemaligen Sowjetunion.

Der dritte äußere Schockeinfluß ist mit dem Zerfall des Finanz-, Geld- und Devisensystems der ehemaligen UdSSR verbunden und mit der erzwungenen Abführung aller Gold- und Devisenstocks, ausländischer Aktiva u. a. an Rußland.

Die inneren Schockwirkungen sind hauptsächlich durch die unvollkommene und mit der Schwerindustrie und mit den Zweigen des militärisch-industriellen Komplexes überbelastete Wirtschaft bedingt, die auf Unionsbedarf orientiert war. Dazu kommt noch die rasende Entwicklung der Hyperinflation, bei der die Ressourcen von staatlichen Unternehmen, aber auch die Ersparnisse der Bürger, welche als Mittel der Akkumulation und der Investition für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dienen könnten, wie in einem schwarzen Loch verschwanden.

Ein weiterer Faktor des inneren Schocks war das Umverteilen für den eigenen Konsum resp. Verbrauchsziele der knappen Ressourcen durch zahlreiche Genossenschaften auf staatliche Unternehmen und andere staatliche Strukturen, aber auch ins Ausland, anstatt einer Akkumulation im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums.

Auf solche Art und Weise verringerte sich die objektive materielle Basis des wirtschaftlichen Wachstums, verengte sich ihre Quelle.

Es muß jedoch angemerkt werden, daß andere postsowjetische Republiken auch bei Vorhandensein der ersten zwei beschriebenen Faktorengruppen, es dennoch geschafft haben, die Krise bereits hinter sich zu lassen.

In diesem Zusammenhang entsteht die komplizierte und mehrdeutige Frage über die geistig-psychologische Möglichkeit der Nation, die vorhandenen Hindernisse zu überwinden, über die Schicksalsfrage des historischen Momentes für die Ukraine und die Bedeutung dieser Fragen für ihre intellektuell-politische Elite.

Nach unserer tiefen Überzeugung und nicht nur nach objektiven Kennziffern (nach Angaben von UNESCO sind in der Ukraine mehr als 6% des wissenschaftlich-technischen Weltpotentials konzentriert), sondern auch nach der historischen Berufung ist unser Land imstande, politische Führer in der Gestalt charismatisch-prometheischer Figuren hervorzubringen, welche adäquate Antworten auf Zeitforderungen finden können.

Das heißt: das Problem des wirtschaftlichen Wachstums steht vor dem Gesamtstaat. Entweder werden wir die vorhandenen materiellen und geistigen Möglichkeiten der

Gesellschaft für die Verwirklichung des wirtschaftlichen Aufschwungs nutzen oder, wie in Dutzenden schwachentwickelter Länder Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas, am Rande des Lebensstandardminimums dahinvegetieren.

Grundlagen des wirtschaftlichen Aufschwungs

Die wirtschaftliche Politik in der Ukraine war nicht auf ein einheitliches wirtschaftliches Wachstum und nicht auf seine systematische konzeptionelle Begründung gerichtet, sondern meistens auf Marktumgestaltungen, die an und für sich mit unsichtbarer Hand (nach dem modischen Ausspruch von A. Smit) die notwendige Selbstentwicklung gewährleisten.

Die Praxis neuer Industrieländer Südostasiens (der sogenannten „asiatischen Tiger“) bis zum Frühjahr 1998 und vieler osteuropäischer Länder zeigt die Notwendigkeit des aktiven Eingreifens des Staates in diese Prozesse, des Erarbeitens der makroökonomischen Orientierung und der Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung.

Welche prinzipielle Ausgangspositionen sollen für das wirtschaftliche Wachstum in der Ukraine zugrundegelegt werden? Vor allem handelt es sich um die Notwendigkeit der Erfassung allgemein bekannter Tendenzen des wirtschaftlichen Aufschwungs, um jene negativen Wege zu vermeiden, die den Staat und die Bevölkerung oft zuviel kosten. Die Weltgemeinschaft hat in der internationalen Konferenz von Rio de Janeiro im Jahre 1992 die Konzeption der stabilen wirtschaftlichen Entwicklung formuliert und vorgebracht.

Das Wesen der Konzeption besteht in der Notwendigkeit der Sicherung des gemäßigten laufenden wirtschaftlichen Wachstums und die Erhaltung der Bedingungen für eine stabile Wirtschaftsentwicklung zugunsten der nachfolgenden Generationen. Mit Rücksicht auf die Welttendenzen und basierend auf die eigene Erfahrung mit der Černobylkatastrophe wird diese Konzeption im gesamten Zusammenhang des wirtschaftlichen Wachstums in der Ukraine einbezogen.

Das zweite prinzipielle Moment ist die Notwendigkeit, eine offene freie Marktwirtschaft aufzubauen. Eine solche Wirtschaft bringt, einerseits, den wirtschaftlichen Raum für die volle Verwirklichung der eigenen Vergleichs- und Konkurrenzvorteile und, andererseits, die Einbeziehung von notwendigen materiellen und finanziellen Ressourcen, Investitionen, Technologien, Verwaltungserfahrungen (Management und Marketing) usw. aus dem Ausland, die sich aus der verbesserten Bilanz geradezu zwangsläufig ergeben.

Demgemäß soll unsere Wirtschaft auf jene Weltnormen und Qualitätsstandards der technisch-wirtschaftlichen Parameter der Produktion, der Produktivität, des Material-, Kapital- und Energieverbrauchs ausgerichtet werden, die in der freien Welt und ihrer Wirtschaft üblich sind.

Die normativ-rechtliche Grundlage sowie Erfassung, Analyse und die Vorkehrungen für statistische Erfassung und für andere Informationsgewinnung und -verwaltung sollen auch in den Koordinaten des Weltsystems einbezogen werden.

Das dritte Ausgangsprinzip des wirtschaftlichen Wachstums basiert auf makroökonomischen Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen schaffen reelle Möglichkeiten für die

Steigerung der Produktion, Erhöhung der wirtschaftlichen Konjunktur und Aktivierung des Investitionsprozesses.

Die Erfahrung anderer Länder mit der Übergangswirtschaft zeigt, daß günstige makrowirtschaftliche Bedingungen für das wirtschaftliche Wachstum durch folgende Charakteristika gekennzeichnet werden: das Inflationsniveau steigt nicht mehr als 40–50% pro Jahr; der Umtauschkurs der nationalen Währung bleibt stabil; der Prozentsatz für die Kredite der Zentralbank beträgt nicht mehr als 10% und das Defizit des Staatshaushaltes erreicht 5–6%.²

Zu den Startbedingungen, welche den Aufschwung der Wirtschaft gewährleisten, sollte man zudem ein günstiges Steuersystem, eine klare Gesetzgebung über Privateigentum, sowie die Entwicklung von kleinem und mittlerem Unternehmertum zählen.

Faktoren des wirtschaftlichen Aufschwungs

Die makrowirtschaftlichen Indikatoren schaffen nur die potentiellen Bedingungen für den Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht darin, das System der Faktoren einzuschließen, die in ihrer Gesamtheit und in Wechselwirkung zueinander den entsprechenden Effekt verheißen. Es ist bekannt, daß Investitionen und Innovationen die Hauptfaktoren jedes beliebigen wirtschaftlichen Aufschwungs sind; diese Faktoren gewährleisten den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes. An diese Hauptfaktoren schließt sich die Bedeutung der natürlichen und künstlichen Ressourcen an, sowie ihre Dislozierung, die Rolle der modernen Technologien, Management, Marketing u.a.

Eine wichtige Bedeutung haben die Menge und die Qualität der Arbeitskräfte sowie deren Bildungs- und Qualifikationsniveau. Das bedeutet, daß der wirtschaftliche Aufschwung vor allem von der Investitionslage abhängig ist. Die Dynamik dieser Sphäre wird gemäß der bekannten Formel von J. Keynes oder gemäß der goldenen Regel von R. Solow für die Einsparungen gewährleistet, wenn der Investitionsumfang den Einsparungen von Bevölkerung und von Korporationen entspricht. Aber unter Bedingungen rasender Inflation, eines schwachen Bank- und Finanzsystems, des ungestümen Einkommensverlustes der Bevölkerung geht diese klassische Gleichung nicht auf. Zur Zeit wird ein sehr breites Spektrum von Investitionsquellen verzeichnet. Diese Quellen sind fähig, die Investitionssphäre mit den nötigen Ressourcen für wirtschaftliches Wachstum anzufüllen. In erster Linie sind das die Gelder der Unternehmen, die infolge der Umstrukturierung, Preisregelung, Erhöhung der Rentabilität und Gewinnsteigerung angesammelt werden.

Ein wichtiger Kanal für die Investitionen in den Unternehmen kann die Erhöhung der Amortisationsrate sein. Die zweite Quelle der Investitionen (in den entwickelten Ländern steht sie am ersten Platz) ist die Geldmobilisierung der Bevölkerung mittels Diversifikation des finanziellen Marktes, Aktivierung der Banktätigkeit zwecks Anspornen des

² Fischer S., Sachai R., Weg K. A.: Stabilisation und Wachstum in den Übergangswirtschaften: erste Unterrichtsstunden. – Frage der Wirtschaft, 1977, Nr. 5, S. 32.

Sparwillens der Bürger. Nach einigen Einschätzungen sind zur Zeit in den Händen der Bevölkerung der Ukraine rund 10 Milliarden US-\$ konzentriert.

Die Finanzierung des Staatshaushaltes wird auch weiter der Hebel des wirtschaftlichen Wachstums bleiben, insbesondere für die staatlichen Unternehmen. Bei stabiler Währung, gemäßigter Inflation und Senkung des Zinssatzes der Nationalbank für Refinanzierung werden günstigere Voraussetzungen für die Erweiterung des Kreditmarktes als eine der wichtigsten Investitionsquellen geschaffen.

Auf dieser Ebene befindet sich auch die Ausnutzung der Möglichkeiten des Fondsmarktes, der Wertpapiere und der Gelder aus der Privatisierung.

Die notwendige Masse von Investitionen, die nach Erfahrung von anderen im Übergang befindlichen Ländern das reelle wirtschaftliche Wachstum gewährleistet, wird infolge aktiver Wirtschaftseinbindung von in- und ausländischen Investitionen erreicht. Leider wurde dieser Kanal für die Heranziehung von zusätzlichen Geldern bis jetzt nicht genug genutzt. So erreichte im Jahre 1996 der Umfang von direkten ausländischen Investitionen in Ungarn 1198 US-\$ pro Kopf der Bevölkerung, in der Tschechischen Republik 586, in Estland 573, aber in der Ukraine nur 21 US-\$.³

Der zweite Hebel des wirtschaftlichen Aufschwungs sind die Innovationen, die sich auf moderne Industrie- und Strukturpolitik stützen. Die „zerstörende Schaffung“ besteht, J. Schumpeter nach, in allmählicher Verdrängung der veralteten sogenannten depressiven Zweige der Produktion mittels Einführung produktiver moderner Produktionsmittel nach dem Grundsatz der technologischen Cluster.

Potentiell sind in der Ukraine zur Zeit einzigartige Möglichkeiten für die wesentliche Beschleunigung und Intensivierung der Innovationstätigkeit vorhanden. Nach der Zahl der Wissenschaftler und Ingenieure, die in der Sphäre der Wissenschaft und wissenschaftlichen Forschungen beschäftigt sind (6761 Fachkräfte pro eine Million Bevölkerung), nimmt die Ukraine den ersten Platz in der Welt⁴ ein. Die Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen ihrer Tätigkeit könnte schon in kurzer Zeit einen merklichen Effekt in den Industriezweigen des Maschinenbaus und des militärisch-industriellen Komplexes sowie im Sektor der Dienstleistungen und der Agrarindustrie bringen.

Mit dem zweiten Halbjahr 1997 wurden in der Ukraine die objektiven Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum wirtschaftlichen Wachstum im Jahre 1998 geschaffen.

Für die Verwendung der objektiv existierenden Faktoren für den wirtschaftlichen Aufschwung sollte man den ganzen Vorrat von Mitteln der Wirtschaftspolitik in die Praxis einführen. Jeder Bestandteil dieser Politik sollte letzten Endes den Zielen des wirtschaftlichen Aufschwungs untergeordnet sein. Nur unter diesen Bedingungen kann man die positive Veränderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung, und die Lösung der unaufziehbaren sozialen Aufgaben erreichen.

3 World economic outlook, May, 1997, IMF, Washington D.C. 1997, p. 107.

4 World Development Indicators. 1997, Washington D.C. 1997, p. 282.

Vor allem bedürfte die Struktur der Steuern einer wesentlichen Revision, weil die heutige Struktur den Prozeß des wirtschaftlichen Aufschwungs hemmt. Außerdem muß man bemerken, daß die gesamte Menge des Bruttoinlandsproduktes der Ukraine, welche durch die Steuern verteilt wird, den Werten Deutschlands, Großbritanniens und Schwedens gleicht und wesentlich niedriger als die Werte von Belgien, Frankreich oder Italien ist.⁵

Die Hauptrichtung der Investitions-, Finanz-, Kredit-, Geld- und Devisenpolitik sowie Zolltarifregelung der Außenwirtschaftstätigkeit soll auch der wirtschaftliche Aufschwung sein.

Zwecks Bestimmung der Wechselwirkung und der organisatorischen Zusammensetzung aller Komponenten und Bestandteile des Systems des wirtschaftlichen Aufschwungs sollte man die Konzeption und das Programm für das wirtschaftliche Wachstum mit einer konkreten Bestimmung der Hauptparameter der Bewegung von Finanz-, Material-, investitionstechnologischen und anderen Flüssen, sowie mit der Bestimmung von Makroindikatoren des Landes erarbeiten. Gleichzeitig könnten die regionalen und zweigspezifischen ökonometrischen Modelle und Programme mit hoher Konkretisierung entwickelt werden.

Durchaus notwendige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung ist die Entwicklung des organisatorischen Aspektes. Nicht nur die Organisation der Produktion und des Investitionsprozesses, sondern auch die Suche nach Absatzmärkten, die Förderung der Waren auf den inneren und äußeren Märkten, sowie die Eroberung der entsprechenden Nischen sind die wichtigen Aufgaben der Wirtschaftspolitik auf allen Ebenen des wirtschaftlichen Systems.

Anton Filipenko

⁵ World Development Report 1997 – The State in a changing World. – 1997, p. 241.

Regionalpartnerschaft Kärnten – Bukovyna

Stand und Perspektiven

1. Zur regionalen Außenpolitik

Unter dem Gesichtspunkt der europäischen Einigung erhielt in den letzten Jahren auch die „regionale Außenpolitik“ einen besonderen Stellenwert.

Der Schwerpunkt lag in der Vergangenheit bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Hier wurde den österreichischen Bundesländern im Art. 16 Abs. 1 der Bundesverfassung sogar eine völkerrechtliche Kooperationsebene eingeräumt. Vereinbarungen mit Staaten oder Teilstaaten, die nicht an Österreich angrenzen, müssen jedoch auf die Ebene der privatrechtlichen Verhältnisse beschränkt bleiben. Das Bundesland Kärnten hat bereits in der Vergangenheit Partnerschaften dieser Art abgeschlossen und sich dabei keineswegs auf den europäischen Kontinent beschränkt. Die Partnerschaften mit der chinesischen Provinz Guangxi und mit der südafrikanischen Provinz Transvaal, dem heutigen Mpumalanga, waren zum damaligen Zeitpunkt vorbildlich für ganz Europa.

2. Die Genesis der Partnerschaft

Nach der Zerschlagung der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa war es offensichtlich, daß der Ukraine auf Grund ihrer geopolitischen Lage eine wesentliche Rolle als Garant der Stabilität zukommen würde.

Die Idee zur Vereinbarung von Partnerschaften zwischen Regionen der Ukraine und Österreichs ging 1992 vom damaligen österreichischen Außenminister Dr. Alois Mock aus. Mock wollte dabei auch bewußt an die gemeinsame Geschichte mit Teilen der heutigen Ukraine anknüpfen. Österreichische Bundesländer sollten Kontakte zu ehemaligen Kronländern der Monarchie pflegen. Dieser Absicht diente ein offizieller Besuch einer Kärntner Delegation im Gebiet Černivci im Juni 1992. Die Kärntner Abordnung wurde von Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto angeführt, und ihr gehörte auch der Klagenfurter Bürgermeister Mag. Leopold Guggenberger an.

1993 kam es zum Gegenbesuch. Leiter der Delegation des Gebietsrates der Volksdeputierten war der stellvertretende Vorsitzende Hennady Kmyta. Für die Stadt Černivci kam Bürgermeister Viktor Pavljuk nach Kärnten. Vertreten war aber auch das neugegründete Bukovyna-Institut der Universität, in dem auch eine Österreich-Bibliothek eingerichtet worden war. Bereits anlässlich dieses Besuches wurde ein Einvernehmen über eine künftige Kooperation erzielt. Von Kärntner Seite wurde der Verfasser des vorliegenden Beitrages durch Landeshauptmann Zernatto mit der Koordination der Zusammenarbeit betraut. Nach einem, dem Kärntner Landeshauptmann im Juni 1993 vorgelegten, Entwurf des Gebietsrates Černivci und Gesprächen, die im Oktober desselben Jahres in der Bukovyna geführt wurden, befaßte sich das Kollegium der Kärntner Landesregierung in seiner 97. Sitzung am 9. 11. 1993 mit diesem Thema und beschloß einstimmig die folgende Absichtserklärung:

„1. Das Land Kärnten erklärt sich bereit, seine Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, um so die Bemühungen der Region Czernowitz-Ukraine (Bukowina) zur Verwirklichung der Prinzipien der Marktwirtschaft zu unterstützen. Das Land Kärnten wird insbesondere bei der Umstellung und Modernisierung der Wirtschaft, beim Management von Unternehmen, bei der Ausbildung von Mitarbeitern und bei dem Erlernen energiesparender und umweltfreundlicher Technologien beraten.

2. Das Land Kärnten wird bei der Schaffung von Kontakten zwischen Unternehmen aus den beiden Regionen entsprechende Hilfestellung leisten. Eine Zusammenarbeit erscheint insbesondere auf den Gebieten Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie, Heilfürsorge, Bildung, Tourismus- und Umweltschutz als wünschenswert.

3. Zur Förderung der Zusammenarbeit werden verstärkt direkte Kontakte zwischen Organisationen aus der Region Czernowitz-Ukraine (Bukowina) und dem Land Kärnten angestrebt werden.“

Mit Schreiben vom 10. 5. 1994 regte die Seite in Černivci dazu Arbeitsgruppen an, die sich mit Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beschäftigen sollten. Dazu erging die Einladung von Landeshauptmann Zernatto, vom 13. bis 15. September 1994 Beratungen von gemischten Arbeitsgruppen zu den Themen Kleinkraftwerke, Tourismus, Umweltschutz, Landwirtschaft sowie allgemeine wirtschaftliche Fragen in Kärnten zu organisieren. Der Gebietsrat von Černivci ersuchte jedoch kurzfristig um Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt. Am 9. Juni 1995 kam es schließlich zur formalen Unterzeichnung der Zusammenarbeitsvereinbarung in Klagenfurt. Am Festakt nahmen der ukrainische Botschafter Dr. Mykola Makarevyc und der Vorsitzende des Gebietsrates Ivan Gnatyšyn teil. Kärnten war durch Landeshauptmann Zernatto, seine beiden Stellvertreter Dr. Michael Ausserwinkler und Mag. Karl-Heinz Grasser sowie Landesrat Dr. Dietfried Haller vertreten.

Der Vertrag sicherte bis 1998 eine verstärkte Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Ebene. Neben direkten Kontakten zwischen Betrieben und Organisationen sieht das Papier gemeinsame Tätigkeiten auf den Gebieten Landwirtschaft, Holzverarbeitung, Lebensmittelindustrie, Gesundheitsschutz, Bildungswesen, Fremdenverkehr, Energieeinsparungen und Umweltschutz vor. Zernatto sah in der Vertragsunterzeichnung „eine gute Grundlage zur Vertiefung bestehender Kontakte sowie zur Umsetzung der gesteckten Ziele“. Gnatyšyn erhoffte sich von der Kooperation weitreichende wirtschaftliche Impulse.

Im November 1996 kam eine Delegation aus Černivci unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Dr. Georgij Filipčuk zu einem Kurzbesuch nach Kärnten. Es fand ein Meinungsaustausch mit Landeshauptmann Zernatto statt.

3. Reiche Facetten der Kooperation

3.1. Allgemeines

Parallel zur Institutionalisierung der Zusammenarbeit entwickelte sich eine Kooperation auf zahlreichen Ebenen. Auf einzelne Teilbereiche wird in weiteren Referaten ausführlich eingegangen. Ich kann mich daher auf einen groben Überblick beschränken.

3.2. Wissenschaft und Medien

Zwischen den Universitäten Černivci und Klagenfurt gibt es zahlreiche Kontakte, die ihren Ausdruck im Austausch von Lehrbeauftragten und Studenten finden. Im Juni 1995 wurde auch formell ein Vertrag über eine Partnerschaft abgeschlossen.

Über Anregung von Rektor Prof. Dr. Štefan Kos'tyšyn wurden auch Kontakte zum Technikum Kärnten, dem Trägerverein der Kärntner Fachhochschulen aufgenommen. Es gab Besuche von Universitätsprofessoren aus Černivci unter der Leitung von Dekan Dr. Mykola Rarans'kyj in Spittal an der Drau und von Univ.-Doz. Dr. Walter Pichler in Černivci. Im Jahre 1995 wurde die Empfehlung für eine künftige Zusammenarbeit parafiiert. Kontakte mit Kärntner Medien laufen über Chefredakteur Bohdan Zahaj's'kyj.

3.3. Kultur

Die Abordnungen aus Kärnten und Černivci waren bei ihren Besuchen 1992 und 1993 auch von Kulturgruppen begleitet. Als Wahrer des gemeinsamen kulturellen Erbes weilte Prof. Josef Burg mehrmals in Kärnten und las in Klagenfurt, Spittal an der Drau, Gmünd, Tainach sowie bei den Schriftstellertagungen in Fresach. Die jüdische Kinder- tanzgruppe „Kajor“ trat in Spittal an der Drau auf.

Ein wichtiger Kärnten-Beitrag zur Kulturpartnerschaft wird die Errichtung der „Georg von Dombrowsky-Gedächtnisstätte“ im „Deutschen Haus“ in Černivci sein. Eine diesbezügliche Vereinbarung mit der Stadt Černivci sieht das Adaptieren eines kleinen Saales vor. Hier wird im Rahmen einer permanenten Ausstellung nicht nur an den Lyriker Georg von Dombrowsky erinnert werden, der Černivci und Klagenfurt verbindet. Der Saal soll auch für Lesungen, Konzerte und Gemäldeausstellungen zur Verfügung stehen. Am Projekt beteiligen sich das Land Kärnten, die Städte Černivci und Klagenfurt, der Regierungsbezirk Bayrisch-Schwaben und private Institutionen in Österreich und Deutschland.

3.4. Schüleraustausch

Ein besonders wichtiger Schwerpunkt wird mit dem regelmäßigen Schüleraustausch zwischen dem Gymnasium VII in Černivci und dem Bundesrealgymnasium in Spittal an der Drau gesetzt. Die Aktivitäten gehen weit über den Rahmen der üblichen Programme hinaus.

3.5. Volksgruppenfragen

Da Kärnten und das Gebiet Černivci Erfahrungen in Fragen ethnischer Minderheiten haben, kommt es zu einem regen Meinungsaustausch auf diesem Gebiet. Wissenschaftler aus Černivci sind regelmäßig bei den vom Land Kärnten veranstalteten internationalen Volksgruppenkongressen vertreten. Der damalige Leiter der Abteilung für auswärtige Beziehungen und heutige stellvertretende Vorsitzende des Gebietsrates Petro P. Hasjuk referierte bereits im November 1993 am Faaker See über die Situation der Minderheiten in der Ukraine.

Das Land Kärnten kümmert sich in diesem Zusammenhang aber auch um zwei kleinere Volksgruppen in der Bukovyna, um die „jüdische Kulturgemeinschaft“ und um den „Verein deutsch-österreichischer Kultur“.

3.6. Wirtschaft

Die Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine bilden nicht zu Unrecht den Schwerpunkt in diesem Workshop, erwarten wir uns doch nähere Informationen über die in der Ukraine herrschenden Rahmenbedingungen. Die hauptsächlich auf Informationsdefiziten beruhenden Unsicherheiten über das wirtschaftliche Umfeld waren und sind auch das Haupthindernis in Kärnten.

Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Bukovyna gibt es immerhin erste gute Ansätze. Leider konnte das schon sehr konkrete Projekt einer Betriebsstätte der Fa. Gabor in Černivci nicht verwirklicht werden, da die Transportfrage nicht zu lösen war. Durch den Einsatz von Honorarkonsul Dr. Horst Schumi wurden aber in der Zwischenzeit weitere Beziehungen angeknüpft. Auch die Realisierung unserer gemeinsamen EU-Programme sollte positive Auswirkungen und konkrete Ergebnisse fördern.

4. Perspektiven

Insgesamt kann daher eine sehr positive Zwischenbilanz gezogen werden. Die Partnerschaft zwischen Kärnten und dem Gebiet Černivci hat bereits Nachfolger gefunden: Die Bundesländer Tirol und Steiermark bereiten ähnliche Kooperationen mit altösterreichischen Gebieten der Ukraine vor.

Wenn Verträge nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern auch mit Leben erfüllt werden, dann ist dies Verdienst der damit befaßten Akteure. Sehr wichtig sind die persönlichen Kontakte und die zwischenmenschlichen Beziehungen. Für unseren Fall kann gesagt werden, daß die Kommunikation auf allen Ebenen funktioniert. Bei der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen kann somit bereits von einer festen Basis ausgegangen werden. Das Hauptaugenmerk sollte auf die Intensivierung der wirtschaftlichen Kontakte gelegt werden, in die auch bisher vernachlässigte Bereiche, wie die Landwirtschaft einzbezogen werden müßten.

EU-Programme und die wissenschaftliche Zusammenarbeit überhaupt sollten Inputs erbringen. Besonders empfehlen möchte ich in diesem Zusammenhang die Realisierung

des Kooperationsvertrages der Universität Černivci mit dem Technikum Kärnten, das technisch-orientierte Studien, wie Telematik/Netzwerktechnik, Elektronik und Bauingenieurwesen anbietet und dessen Vorsitzender gleichzeitig Mehrheitseigentümer der größten österreichischen Baufirma ist. Es ist dies ein Kärntner Unternehmen, das sich bisher sehr stark in Osteuropa engagiert hat.

Noch ausbaufähig sind aber auch unsere kulturellen Beziehungen. Hier könnte das „Dombrowsky-Zentrum“ eine wichtige Vermittlerrolle einnehmen. Arbeiten wir gemeinsam daran, daß unsere Kooperation nicht nur ein Modellfall für die ukrainisch-österreichischen Beziehungen, sondern als solche in ganz Europa herzeigbar wird.

Karl Anderwald

Schulpartnerschaft des Bundesrealgymnasiums Spittal an der Drau mit dem Gymnasium I in Černivci

Es wurde schon gesagt: Wir leben im Jahrhundert der Entfaltung der Nationalstaaten einerseits und der Notwendigkeit der überregionalen und transnationalen Zusammenarbeit andererseits. Auf dieser letzteren Ebene ist es zur erfreulichen Partnerschaft Kärnten – Bukovyna gekommen, und ich bin in der angenehmen Lage, Ihnen über ein kleines, aber feines konkretes Projekt im Rahmen dieser Partnerschaft berichten zu dürfen: nämlich über die positiven Beziehungen zwischen dem BRG Spittal/Drau und dem Gymnasium I Černivci [Tschernowitz, Anm. d. Red.] mit der Schwerpunkt fremdsprache Deutsch.

Es war 1994, als Hofrat Dr. Dr. Karl Anderwald namens der Kärntner Landesregierung uns diese Partnerschaft vorschlug. Wir haben das Angebot gerne aufgegriffen, zumal es unserer Schule ein besonderes Anliegen ist, den Schülern neben dem kognitiven Standardwissen einer AHS ein gesichertes Bewußtsein für die Werte von Demokratie, Menschenrechten und Weltoffenheit zu vermitteln.

In diesem Geist haben wir die Partnerschaft aufgenommen und sie seither schrittweise in jährlichen Besuchen und Gegenbesuchen erweitert und vertieft. Inzwischen haben etwa 100 junge Menschen aus der Bukovyna Kärnten und Österreich in jeweils acht- bis zehntägigen Aufenthalten kennengelernt und eine nicht ganz so große Zahl junger Kärntner das „Buchenland“ besuchen konnten. Unsere Delegationen sind kleiner, weil wir daneben noch Austausch- und Projektprogramme mit acht weiteren Schulen zwischen Moskau und San Francisco pflegen.

Ich gestehe aber gerne, daß unsere Beziehungen zu Černivci sehr emotional und engagiert sind. Viele Jugendliche haben inzwischen ganz persönliche, private Freundschaften geschlossen, mit gegenseitigen Besuchen und anderen Formen der Kontaktpflege. Und sehr viele Menschen unserer Bezirksstadt unterstützen das Projekt durch vielfältige Formen von Spenden, wie etwa die Spittaler Ärzteinitiative „Medikamente für Tschernowitz“. Auf diese Weise hat unsere Partnerschaft mittlerweile eine breite Verankerung in der Bevölkerung erfahren.

Diese Verankerung, die Gastfreundschaft vieler Gastgeberfamilien, andererseits aber auch die Unterstützung durch BMUK, Landesregierung und andere öffentliche Institutionen ermöglichen es, unseren Gästen alle Jahre ein reichhaltiges Programm anzubieten: mit Exkursionen nach Salzburg, Venedig, Wien und durch Kärnten. Im Mittelpunkt stehen aber gemeinsame Unterrichtsprojekte, gemeinsam für Gäste und Gastgeber:

- Die Schüler beschäftigen sich gemeinsam mit literarischen Texten etwa von Paul Celan und Ingeborg Bachmann.
- Sie erkunden anhand von Quellentexten die gemeinsame Geschichte und die Folgen der totalitären Systeme unseres Jahrhunderts für unsere beiden Länder.
- Sie setzen sich mit Fragen der vergleichenden Landeskunde auseinander, erlernen Volkstänze und -lieder beider Länder und bestreiten ein „Ländermatch“ in Volleyball.

- Besondere Schwerpunkte sind Fragen der Menschenrechte und der Ökologie gewidmet, jeweils verbunden mit einer eindrucksvollen Exkursion.
- Alle diese Aktivitäten münden in ein Abschlußfest, indem die Ergebnisse der einzelnen Programme präsentiert werden, aber auch viel Zeit für Fröhlichkeit und Geselligkeit bleibt.

Auf unsere Gegenbesuche werden unsere Schüler jeweils intensiv vorbereitet: durch Projektarbeiten über Landeskunde, Kultur, Geschichte und Alltagsleben der Ukraine. Nach 35stündiger Bahnfahrt bis Lemberg/L'viv und anschließender 6stündiger Busfahrt ist die Begrüßungsfreude jedesmal gleich groß. Schlüsselerlebnisse unserer Aufenthalte waren für alle Teilnehmer stets die überwältigende, ja im besten Sinn rührende und bewegende Gastfreundschaft und Herzlichkeit der Aufnahme sowie der hohe Standard der Partnerschule, von der wir gewisse Ideen direkt bei uns übernommen haben. Beeindruckend auch die Schönheit der Altstädte von L'viv und Černivci oder die unvergesslichen Karpatenwanderungen. Betroffen, ja bedrückend stimmen freilich die vielfältigen, schlimmen Folgen von Faschismus und Kommunismus in diesem Land.

Wenn wir dann auf der Heimreise vom geographischen Mittelpunkt Europas unterwegs in den Westen sind, dann wohl alle mit einem neuen oder vertieften Verständnis und wohl auch mit einer neuen Nachdenklichkeit. Wieder daheim, träumen wir, frei nach Georg v. Dombrowsky, von „Damals in Tschernowitz“, und vom nächsten Besuch bei Freunden.

Herwig Gräßner

Politisch-wirtschaftliche und soziale Transformationsprozesse in der Ukraine

Die Transformationsprozesse in der Ukraine verlaufen nach dem klassischen Schema (Modell), das typisch vor allem für jene postsozialistischen oder vergleichbaren Staaten ist, die den Übergang von administrativen/totalitären Regierungsformen zur Marktwirtschaft und offenen, zivilen Gesellschaft verwirklichen. Auf dem Gebiet der Wirtschaft handelt es sich um Prozesse wie die Liberalisierung und Stabilisierung der Ökonomie, die Privatisierung der Staats- und Kommunalbetriebe, die Bildung und Verankerung einer bislang fehlenden Marktinfrastruktur, die allmähliche Restrukturierung der Wirtschaft und die allmähliche Verschiebung der Akzente in der Sozialpolitik.

Die konkrete Umsetzung der erforderlichen Marktumgestaltung stößt auf eine weitgehende politische Teilnahmslosigkeit der Gesellschaft, die wohl auf die Mentalität der Bevölkerung der Ukraine zurückzuführen sein mag, sowie auf das von der untergegangenen UdSSR übernommene wirtschaftliche Erbe. In diesem Zusammenhang wird zunehmend klarer, daß die noch allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und Anforderungen des Transformationsprozesses an die Wirklichkeit der ukrainischen Wirtschaft und Gesellschaft angepaßt werden müssen.

Man muß auch berücksichtigen, daß in der Ukraine nicht nur eine wirtschaftliche Reform durchgeführt wird, sondern daß vielmehr alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens umgestaltet werden: politische, sozio-ökonomische sowie geistig-kulturelle. Dabei legt man, basierend auf der gesammelten Erfahrung anderer Länder, das größte Gewicht auf drei Punkte:

- Zusammenwirken der wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Faktoren im Verlauf des Umwandlungsprozesses;
- Vereinigung der organisierten und spontanen Veränderungen des Systemcharakters;
- sowie Struktur und Reihenfolge der Verwirklichung der Haupttransformationsmaßnahmen.¹

Die Liberalisierung der Wirtschaft in der Ukraine hat zwei Hauptdimensionen.

Im engeren Sinne war das der Prozeß plötzlicher Aufhebung der Preisbindungen aufgrund der erzwungenen und von außen geforderten Schocktherapie unter den Bedingungen der rasanten Erhöhung der Preise für Energieträger, was zusammen mit anderen Ursachen zur Entwicklung der Hyperinflation geführt hat. 1993 betrug das Inflationsniveau mehr als 10 000%. Heutzutage ist der Prozeß der Liberalisierung der Preisbildung fast vollendet, und der Staat reguliert nicht mehr als 10% der Preise, etwa aus dem Bereich der Nahrungsmittelproduktion und einiger anderer Waren.

1 Клаус В. Экономическая теория и реальность трансформационных процессов. – Проблемы теории и практики управления, 1996, №6, с. 12. Klaus, V., Ekonomičeskaja teorija i realnost' transformacionnyh processov – Problemy teorii i praktiki upravlenija, 1996, Nr. 6, S. 12.

Die Liberalisierung in der Ukraine stellt die Befreiung der Ressourcen von schroffster Staatsregulierung (Diktat), Befreiung der Schaffenskräfte der Subjekte der Wirtschaftstätigkeit und die Einführung der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit in die ukrainische Volkswirtschaft dar. Dieser Aspekt der Liberalisierung der Wirtschaft vertieft sich heute und schließt als wesentliches Merkmal die kartellbildungsvermeidende Politik der Bildung einer Schicht von klein- und mittelständischen Betrieben ein.

Die Fachleute der Weltbank haben einen Jahresindex der Liberalisierung ausgearbeitet, dessen Variationsbreite von 0 bis 1 in verschiedenen Ländern vom Tempo der durchzuführenden Reformen abhängt. Er umfaßt drei wichtige Bereiche der im Übergang befindlichen Wirtschaft, und zwar: Liberalisierung der Innenmärkte, d. h. Schaffen einer weitgehend freien Preisbildung (ausgenommen ist dabei die Nahrungsmittelsproduktion, resp. die Naturprodukte); Liberalisierung des Außenhandels, d. h. vor allem Anwendung von Methoden der Tarifregulierung in diesem Bereich, Vereinfachung des Handelsrechts, Liquidation der Exportkontrolle und der Exportsteuern, Einführung der Devisenkonvertibilität, Entwicklung und Förderung der Privatisierung, Bildung des Privatsektors, Verwirklichung der Institutionalumgestaltungen, Reform des Bankwesens.

Tabelle 1:

Index der Liberalisierung in den Ländern von Zentral-, Südosteuropa und von der GUS².

Länder	Kumulativindex der Liberalisierung* 1994	Index der Liberalisierung**
Slowenien	4,16	0,82
Polen	4,14	0,84
1 Ungarn	4,11	0,84
Tschechien	3,61	0,90
Slowakei	3,53	0,86
Durchschnitt	3,91	0,85
Bulgarien	2,96	0,68
Estland	2,93	0,85
2 Litauen	2,62	0,79
Lettland	2,39	0,71
Rumänien	2,35	0,66
Albanien	2,30	0,70
Durchschnitt	2,59	0,73
Rußland	1,92	0,63
3 Kirgistan	1,81	0,68
Moldova	1,62	0,53
Kazachstan	1,31	0,37
Durchschnitt	1,67	0,55
Uzbekistan	1,11	0,37

* Der Kumulativindex der Liberalisierung wird als die Summe der Indexe der Liberalisierung für entsprechende Jahre berechnet.

** Der Durchschnitt für 1993 und 1994.

2 Trajofomaciæ. V'pusk 6, №11, 12, noεbr^-dekabr^ 1995, c. 5. Transformacija. Ausg. 6, Nr. 11/12, November/Dezember 1995, S. 5.

Fortsetzung von Seite 22:

Länder	Kumulativindex der Liberalisierung* 1994	Index der Liberalisierung**
Weißrussland	1,07	0,35
Ukraine	0,80	0,20
Turkmenistan	0,63	0,19
Durchschnitt	0,90	0,27

* Der Kumulativindex der Liberalisierung wird als die Summe der Indexe der Liberalisierung für entsprechende Jahre berechnet.

** Der Durchschnitt für 1993 und 1994.

Wie die Tabelle zeigt, gehörte die Ukraine Anfang 1995 zur vierten Gruppe der Länder laut dem Kumulativindex der Liberalisierung und dem Index der Liberalisierung. Dies war durch das Bremsen der Transformationsprozesse und der Beibehaltung von veralteten Formen und Mechanismen der Verwaltung und Regulierung in der Wirtschaft bedingt.

Im Laufe der letzten zwei Jahre verbesserte sich die Lage ein wenig, und laut dem Indikator der Transformation, der von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung aufgrund von neun Indexkategorien berechnet wurde, ist die Ukraine mit Armenien, Georgien und Uzbekistan zu vergleichen und lässt mittlerweile Azerbaidžan, Weißrussland, Tadžikistan und Turkmenistan hinter sich (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2:

Wirtschaftsindikatoren der Länder mit einer im Übergang befindlichen Wirtschaft (1996)³

Länder	Indikator der Transformation	Offenstehen dem Handel*	Jahresinflation
Tschechien	3,4	60	9
Ungarn	3,4	33	24
Estland	3,3	80	23
Polen	3,3	26	20
Slowakei	3,2	63	6
Kroatien	3,1	49	3
Lettland	3,1	50	19
Slowenien	3,1	49	10
Litauen	2,9	30	25
Rußland	2,9	16	48
Albanien	2,7	2,6	13
Kirgistan	2,7	44	30
Moldova	2,7	53	24
Bulgarien	2,6	32	123
Kazachstan	2,6	31	39

* Verhältnis des Mittelwerts des Export/Imports zum BIP (%)

³ World economic outlook, May, 1997, International Monetary Fund IMF, Washington D.C. 1997, S. 94.

Fortsetzung von Seite 23:

Länder	Indikator der Transformation	Offenstehen dem Handel*	Jahresinflation
Makedonien	2,6	45	2
Rumänien	2,6	30	39
Armenien	2,4	37	19
Georgien	2,4	15	40
Ukraine	2,4	44	80
Uzbekistan	2,4	30	54
Azerbaidžan	1,8	40	20
Weißenland	1,8	39	52
Tadžikistan	1,7	165	443
Turkmenistan	1,1	177	992

* Verhältnis des Mittelwerts des Export/Imports zum BIP (%).

Die Stabilisierungsprozesse unterliegen in der Ukraine einem langwierigen und zögerlichen Ablauf. Erst 1996 wurden die finanzielle Stabilisierung (hauptsächlich) durch monetäre Methoden erreicht, die Inflation gebremst, eine eigene Währung (Hryvnja) eingeführt, das Budgetdefizit und der Wechselkurs reduziert und stabilisiert, der Refinanzierungssatz der Zentralbank und der Wert der Kreditressourcen der Kommerzbanken gesenkt, worauf sich der Wertpapiermarkt belebte. Der Inflationsindex in erstem Halbjahr 1997 betrug 105,3% gegenüber 124,9% im Zeitraum Januar bis Juni 1996.⁴

Ungelöst und ziemlich kompliziert bleibt das wirtschaftliche Problem der Stabilisierung des Produktionsprozesses, was die sozio-ökonomischen Prozesse im Land verschärft und die Materialbasis der wirklich unabhängigen souveränen Entwicklung verringert.

Das sogenannte „verzögerte“ Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund des, durch eine unvollkommene Steuerpolitik usw. verursachten Verfalls des Investitionsprozesses, vorrangig die wichtigste Aufgabe der Marktreformen.

Die eigentümliche, kränkelnde Wirtschaft, die in der Ukraine entstand, kann wahrscheinlich durch Aktivierung des inneren Investitionsprozesses mittels der Lockerung des Finanzkreditsystems, der Entwicklung des vollwertigen Effektenmarkts, der Einführung eines neuen Steuersystems, der Erhöhung der Rate der Amortisationskosten und viel breiterer Heranziehung der ausländischen Investitionen überwunden werden. Dabei sollte man jedoch berücksichtigen, daß sich das Wirtschaftswachstum vor allem auf hochtechnologische wissenschaftintensive Branchen mit eigenem Innovationspotential und auf solche Branchen der Wirtschaft der Ukraine stützen sollte, die eine Aussicht haben, Potential- und Wettbewerbsvorteile auf den internationalen Märkten zu realisieren.

Im großen und ganzen war die Privatisierung des Eigentums in der Ukraine weder aus der politischen noch aus der sozialen Sicht sehr effektiv. Die privatisierten Unternehmen konnten nicht die notwendige Masse erreichen, die es ermöglicht hätte, positive Wand-

⁴ Урядовий кульєр, №137, 29 липня 1997р., с.5. Urjadovyj kur'er, Nr. 137, 29. Juli 1997, S. 5.

lungen auf dem Industrie- und Sozialgebiet zu verwirklichen. Das anteilige Gewicht der Betriebe in privatem Eigentum betrug im ersten Halbjahr 1997 78,1% der Gesamtanzahl der Firmen in der Industrie, ihr Anteil im Gesamtproduktionsumfang lag jedoch bei etwa 59,9%. Im Handel schrumpfte die Rolle der privatisierten Unternehmen von 11% des Umfangs des Einzelwarenumlaufs 1995 bis 3,6% 1996.

Der Privatisierungsprozeß ist meistens rein formaler oder deklarativer Natur und manchmal sogar von kriminellem Charakter und übt noch keinen wesentlichen und spürbaren Einfluß auf Inhalt und Aufbau der industriell-wirtschaftlichen Strukturen aus.

Mitte 1997 waren mehr als 50.000 Unternehmen privatisiert, die Privatisierung der Kleinbetriebe war praktisch vollendet (38.610 Betriebe) ... 44 Mio. Leute hatten entweder ein Privatisierungskonto eröffnet oder Privatisierungsvermögenszertifikate bekommen. Im Laufe des Jahres 1997 war geplant, 1440 Mittel- und 2200 Großbetriebe zu privatisieren.⁵

Die Privatisierung des Eigentums sowie andere Marktveränderungen sind zur Zeit noch nicht transparent gestaltet. Dies hat zur Ausformung des sogenannten „ergriffenen Markts“ geführt, weil die Möglichkeiten eines einfachen Bürgers, seinen eigenen Betrieb zu schaffen, durch den erschwerten Zugang zu Krediten und anderen Ressourcen wesentlich beschränkt werden. Die Folge davon ist ein sehr niedriges Verhältnis der Klein- gegenüber den Großbetrieben (5–6%) im Gesamtumfang der Produktion, während in den Industrieländern ihr Anteil bei 70–80% liegt. Die Privatisierung in der Ukraine hat noch nicht jenen Unternehmertyp geschaffen, der den Investitionsprozeß aktivieren und die destruktive Tendenz in der Wirtschaft zurückhalten kann.

Die institutionellen Veränderungen, die mit der Bildung der Marktinfrastruktur verbunden sind, mißt man mit folgenden Indikatoren: In der Ukraine fungieren etwa 100 Warenbörsen und vier Wertpapierbörsen, mehr als 200 Kommerzbanken, etwa 780 Investitionsfonds und Investitionsgesellschaften, 800 Treuhandgesellschaften, 150 Versicherungsgesellschaften. Aber ihr quantitatives Wachstum wird nicht von einem qualitativen Wandel begleitet. Das Banksystem der Ukraine bleibt schwach und kann sogar nach seinem Gesamtkapital nicht mit den postsozialistischen Ländern Mitteleuropas verglichen sein. Zur Zeit sind viele Banken in einer Krise und erklären sich für bankrott. Eine seriöse Restrukturierung ihrer Tätigkeit unter den Bedingungen der Finanzstabilisierung und des Überganges zum Wirtschaftswachstum ist erforderlich. Die Treuhandgesellschaften haben sich wesentlich diskreditiert. Die Investitionsfonds und Investitionsgesellschaften spielen keine bedeutende Rolle im Investitionsprozeß und in der Bildung von Voraussetzungen für die Belebung der Wirtschaftsproduktion.

Zudem bleibt das System der Staatsverwaltung, das auf dem Branchenprinzip gegründet ist, sperrig. Die tiefe administrative Reform, die alle Glieder des Verwaltungssystems umfassen wird, wird sich auf funktionelle Grundlagen und Marktprinzipien stützen müssen, um erfolgreich sein zu können.

5 Тенденції української економіки. Червень 1997р. та квартальний додаток. – 1997, с. 82–85, 88. Tendenciji ukrajins'koj ekonomiky. Juni 1997, in der vierteljährlichen Ausgabe, S. 82–85, 88.

Im Embryonalzustand befindet sich der Strukturwandel der Wirtschaft, der für die nächsten 15–20 Jahre gedacht ist und 40–50 Milliarden US-\$ Kapitalanlagen erforderlich machen wird. Die Konzeption der Restrukturierung der Wirtschaft ist im Land noch nicht ausgearbeitet, es gibt keine entsprechende Staatsstrategie und oder ein adäquates Programm. Statt dessen bleibt die Struktur der Wirtschaft archaisch mit einem deutlichen Übergewicht der Branchen der Schwerindustrie, die material- und energieintensiv sind und zwei- bis dreimal mehr Ressourcen je Erzeugniseinheit als in den Industrieländern verbrauchen. Der direkte und indirekte Energieaufwand, zum Beispiel, ist in der Ukraine derzeit noch zehnmal so groß wie in Frankreich.⁶

Auf dem Sozialgebiet der Ukraine beginnt die Umschichtung der Bevölkerung: die Einkommensunterschiede verschiedener Schichten der Bevölkerung (Koeffizient der Zweckmäßigkeit) liegt bei 15. Der Reallohn betrug 1996 35% des Niveaus von 1990.⁷ Die offizielle Arbeitslosigkeitsrate lag am 1. Juli 1997 bei 1,9% der arbeitsfähigen Bevölkerung,⁸ aber die verborgene Arbeitslosigkeit, der erzwungene „Urlaub“ und die Verzögerung der Lohnzahlungen bedeuten eine De-facto-Arbeitslosigkeit für fast 40% der Bevölkerung.⁹ Etwa 80% der Bevölkerung der Ukraine lebt daher unter der Armutsgrenze.¹⁰

Die Folgen der politisch-wirtschaftlichen und sozialen Transformation in der Ukraine verweisen daher auf die Notwendigkeit der wesentlichen Korrektur der Marktreformen, d. h. ihre weitere Vertiefung einerseits und Verstärkung der sozialen Ausrichtung andererseits. Die erste und hauptsächliche Determinante der heutigen Etappe ist die Beschleunigung des Übergangs zum Wirtschaftswachstum als materielle Voraussetzung der souveränen unabhängigen Entwicklung und Lösung aktueller Sozialprobleme.

Die Transformation des Wirtschaftssystems der Ukraine in eine neue Qualität, die von den sozio-ökonomischen und wissenschaftlich-technologischen Parametern des 21. Jahrhunderts bestimmt wird, soll sich auf folgende Grundlage stützen: auf die allgemeinen Zivilisationsbedingungen und Faktoren, die das Gitternetz der modernen Weltentwicklung der Wirtschaft bilden; auf die nationalen Prioritäten und Besonderheiten, die zum Teil tiefreichende und unerschöpfliche historisch-genetische und mental-wirtschaftliche Wurzeln haben, die dem Realzustand der Wirtschaft und der Gesellschaft der Ukraine entsprechen, die Hauptausgangsmaterial, Grundlage und Fundament sind, auf dem das moderne politisch-wirtschaftliche System aufgebaut werden kann.

Anton Filipenko

6 Тенденції української економіки. Місячний бюллетень. липень 1997 р. с. 7. Tendenciji ukrajins'koji ekonomiky. Monatliches Bulletin, Juli 1997, S. 7.

7 Тенденції української економіки. Місячний бюллетень. липень 1997 р. с. 14. Ebd. S. 14.

8 Урядовий кур'єр, №137, 29 липня 1997 р. с. 6. Urjadovyj kur'er, Nr. 137, 29. Juli 1997, S. 6.

9 Павловський М. А., Шлях Україн: Шлях-вліво, шлях-вправо-хібний ... – Київ, 1996, с. 28. Pavlovs'kyj, M. A., Šljach Ukrajiny: Šljach-vlivo, Šljach-vpravo – chybnyj ... Kiew: 1996. S. 28.

10 Там же. Ebd.

Integration und Desintegration in Osteuropa

Integrationen, Zerfallserscheinungen, Desintegration, Reintegrationen prägten die politische Landkarte Osteuropas, Südost- und Ostmitteleuropas seit Jahrhunderten. Verwiesen sei vor allem auf Polen, die Ukraine und den Balkan mit seiner Staatenvielfalt. Integration und Desintegration sind stets mit Machtverschiebungen verbunden, die Bruchlinien, Verwerfungen, Bevölkerungsaustausche, Deportationen, aus politischen Gründen abhängig gemachte Volkswirtschaften, politische und ideologische Absperrungen hinterlassen haben. Und so mancher Zerfallsprozeß, aber auch so manche Integration geht auch heute entlang dieser Bruchlinien und birgt damit schon das nächste Problem in sich.

Meist oberflächlich und alibhaft wird dazu die Geschichte bemüht. (Etwa die polnischen Teilungen: Polen, zwischen zwei Machtblöcken, das aus der latenten Gefahr von einem inhaltert zu werden, eine bestimmte Haltung entwickelte: Vorsichtig, aber auch ein unsicherer Bundesgenosse. Legende ist der Ausspruch eines hohen russischen Repräsentanten, der kürzlich meinte, nun würde die Nato jene Probleme mit Polen bekommen, die die Sowjets jahrzehntelang hatten. Versuchen Sie einmal, die Polen in eine gemeinsame militärische Linie zu bekommen, viel Glück dabei!)

Die Geschichte sieht in Osteuropa, wozu ich jetzt auch Ostmittel- und Südosteuropa nehme, im wesentlichen zwei Gravitationsfelder mit starken, aber doch etwas unterschiedlichen Integrationslinien für die Staaten dazwischen. Ihre Pole waren und sind Moskau bzw. Petersburg und Berlin, zeitweise war es auch Wien, wie es jetzt auch das etwas entferntere Brüssel ist. Um Byzanz zu nennen, müßten wir schon sehr weit in die Geschichte zurückgreifen, ebenso wie für Kiew oder Krakau. Giselher Wirsing nennt daher in seinem Buch aus den zwanziger Jahren die Staaten im Einflußbereich der beiden Gravitationsfelder: *Zwischeneuropa*. Weil sie tatsächlich *dazwischen* liegen und weil sie auch auf einer *Zwischenetappe* zu einem Ziel, der Herauslösung oder Integration, liegen.

Unser Jahrhundert kann auch ein Jahrhundert der Totalitarismen genannt werden. Sie prägten weitgehend die politische Landschaft und ihre Folgen. Besonders in den Staaten Osteuropas. Sowohl das nationalsozialistische wie auch das kommunistische System haben von ihnen Besitz genommen. Der Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ hat sie, mitunter nach einer kurzen Atempause, in ein neues, sozialistisches totalitäres System sowjetischer Prägung geführt. Erst der faktische Zusammenbruch der Sowjetunion von innen her (wobei hier auf die starken exogenen Kräfte nicht eingegangen wird), gab den Staaten des Comecon und Warschauer Vertrages die Chance einer Loslösung und die Möglichkeit einer Desintegration.

Doch der Moment der Trennung war nicht selten zugleich der Augenblick einer neuen Integration: Vor allem aus ökonomischen, sicherheits- und politischen Gründen: Die Codewörter dafür: GUS, Višegrad bzw. CEFTA (Zentraleurop. Freihandelszone), NATO, EU. Dabei stellen diese keine abgeschotteten Blöcke dar, sondern haben untereinander wiederum verschiedenste Transformationsprozesse. So wurde die Zusammenarbeit der Višegrad-Staaten in dem Moment stark EU-induziert, als man beschloß, Außenwirtschaftsbeziehungen vorrangig mit EU-Ländern, insbesondere mit Deutschland, einzulegen.

richten. Oder die Nato-Osterweiterung, die in dem Moment innerosteuropäisch stark entschärft wurde, als Rußland in wichtige Nato-Entscheidungen eingebunden wurde und am Nato-Tisch eine stärkere Position einnimmt als so manches Nato-Mitglied. (Nebenbei bemerkt: Vielfach ist dies in Rußland noch nicht sehr weit eingedrungen.)

Es wird zu beobachten sein, in welchem Bereich sich die zwei Gravitationsfelder Moskau und Berlin/Brüssel treffen, vielleicht auch überlappen. Wo es die neuen Trennlinien geben wird. Dabei wird die Ukraine als zweitgrößter Staat des Kontinents möglicherweise betroffen sein. Gerade für die Ukraine stellt nämlich, so kann vermutet werden, Moskau das entscheidende Gravitationsfeld dar. Aus historischen Gründen (Kiewer Rus'), aus geopolitischen, strategischen Gründen, aber auch aus ethnischen und religiösen Motiven. Vor allem aber aus ökonomischen Gründen (aufeinander abgestimmte Volkswirtschaften).

Ich möchte deshalb im folgenden kurz auf die erste große ökonomische Integration in Osteuropa, die parallel zur politischen geschaltet war, eingehen: den Comecon oder RGW. Er stellt einen wesentlichen Grund für die Stärke des mittel- bis langfristig wirkenden wirtschaftlichen Gravitationsfeldes in Osteuropa dar, der eine Loslösung immer wieder erschwert.

Der 1949 in Moskau gegründete RGW verstand sich als eine zwischenstaatliche Institution mit den Zielen:¹

- Koordination der Wirtschaftspläne
- Arbeitsteilung
- gemeinsamer Ausbau des Transportsystems
- Beistand beim Austausch von Rohstoffen und Nahrungsmitteln
- technischer und wissenschaftlicher Erfahrungsaustausch

Die Gründungsmotive waren sowohl ökonomischer als auch politischer Natur. Die anfängliche multilaterale Integration war gering, der RGW eher ein Bündel von mehreren bilateralen Verträgen zwischen der Sowjetunion und den anderen ostmitteleuropäischen Ländern. Die Transfers gingen zum überwiegenden Teil in erster Linie in die Sowjetunion, was zu einer beträchtlichen ökonomischen Ausbeutung der im RGW gebun-

1 Die Ablehnung des amerikanischen Marshallplans für die Sowjetunion selbst und in Folge auch für die ostmitteleuropäischen Staaten durch den sowjetischen Außenminister Vjačeslav Molotow führte im Juli 1947 zu einem ersten Vertrag zwischen der Sowjetunion und den genannten Staaten. Die wirtschaftliche Integration im Osten Europas sollte einerseits ein Gegengewicht zur Integration im Westen in der OEEC sein, andererseits aber die ökonomischen Ressourcen des Raumes der Sowjetunion nutzbar machen. Daher wurde am 25. Jänner 1949 zwischen den inzwischen von KP-Regimen beherrschten Staaten Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn, Albanien und der Sowjetunion selbst in Moskau der Vertrag zum Aufbau des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW, COMECON) unterzeichnet. Der Zusammenschluß wurde als östliches, planwirtschaftliches Pendant zum Marshallplan anfänglich „Molotow-Plan“ genannt. 1950 trat die DDR dem RGW bei, 1978 folgten Vietnam, Afghanistan, Äthiopien, Angola, Nordkorea mit Beobachter-Status, Jugoslawien wurde 1964 assoziiert, ebenso Finnland, der Irak und Mexiko. Albanien hingegen war seit 1962 faktisch kein Mitglied mehr. – Fischer Welt-Almanach 1976, S. 223.

denen mittelosteuropäischen Länder führte. Erst nach 1958 schlagen stärkere Ansätze einer multilateralen wirtschaftlichen Integration durch, als bei Vertragsabschlüssen untereinander die Einführung von Welthandelspreisen zwischen den RGW-Staaten vereinbart wurde.²

Die Schaffung des RGW war die wirtschaftliche Entsprechung der politischen Nachkriegsentwicklung, der Blockbildungen, des kalten Krieges. Dabei sollte der stark eindimensionalen politischen und militärischen Gleichschaltung und Anbindung an die Sowjetunion, auch die wirtschaftliche Eindimensionalität der Ausrichtung nach Moskau folgen. Sie sollte auch jene, nur noch schwer veränderbare Grundlage ökonomischer Abhängigkeiten hervorbringen, die das politisch-militärische Machtgefüge zementierte. Im Jahre 1965 etwa hatte Europa drei große Wirtschaftsblöcke:³

1. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit 185,6 Millionen Einwohnern
2. Die Europäische Freihandelszone (EFTA) mit 133,6 Millionen Einwohnern
3. Den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) mit 330,2 Millionen Einwohnern

Die weitgehende Ghettoisierung des RGW-Raumes hatte nicht nur ökonomische Gründe. Die ökonomische Ausbeutung der mittelost- und osteuropäischen Staaten durch die Sowjetunion war eine wesentliche Stütze der sowjetischen Wirtschaft. Später hatten die Waren dieser Staaten auch weitgehend alle anderen Märkte verloren. Eine Rückkehr zu alten, traditionellen Wirtschaftsverflechtungen, zu alten Handels- und Warenströmen war scheinbar – und dies entgegen allen historischen Erfahrungen – auf Sicht nicht mehr möglich.

An die Stelle der Westbindung, der traditionellen Verflechtung in die mittelwesteuropäischen Märkte, trat ab Ende der 50er Jahre⁴ eine starke Integration der Volkswirtschaften der einzelnen RGW-Staaten untereinander auf und löste die jahrelange Fixierung auf die Sowjetunion ab. Ein erstes schwaches Anzeichen einer wirtschaftlichen Verselbständigung – freilich noch innerhalb des von Moskau kontrollierten RGW.

Das politische Ende der KP-Regime in den mittelosteuropäischen Staaten, in Rumänien, der Tschechoslowakei, in Ungarn, der DDR, Polen, in Bulgarien, die Integration der DDR in die Bundesrepublik und schließlich das Ende der Sowjetunion selbst, bedeutete im Juni 1991⁵ auch den Zusammenbruch des RGW-Raumes, der u. a. durch den Afghanistan-Krieg, das amerikanische SDI-Programm und die Hochtechnologie des Westens an den Rand seiner wirtschaftlichen Belastungsfähigkeit gebracht wurde. Begleit-

2 Ambrosius-Hubbard, bes. S. 273 f. – Zur zentralen Planwirtschaft in den mittelosteuropäischen Staaten nach 1945 vgl. neuerdings auch: Zbigniew Landau – Vaclav Prucha, The System of Centrally Planned Economies in Central-East and South-East Europe after World War II and the Causes of its Decay. Introductory paper for the Intern. Scientific Conference in Prague, 23.–26. 3. 1994.

3 Vgl. etwa: Andreas Hillgruber, Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit (1945–1963). Oldenbourg, Grundriß der Geschichte, Bd. 18. München/Wien 1979, S. 159f.

4 Mit der Einführung von Weltmarktpreisen im Handel untereinander und trotz des weitgehenden Fehlens entsprechender Durchgreifmechanismen.

5 Harald Zschiedrich, Die Wirtschaften Mittel- und Osteuropas auf dem Weg in die EG, in: Osteuropa. Wirtschaft 3/1992 (= Zschiedrich), S. 202.

tet wurde der politische und wirtschaftliche Auflösungsprozeß im Osten von einem Zerfallsprozeß des sowjetischen Imperiums selbst: 15 ehemalige Republiken erklärten sich für selbständige, dazu kam der Zerfallsprozeß innerhalb der größten Nachfolgerepublik, Rußland: Jakutien, Baškortostan, Jekaterinburg, Vologda, die Region Primorskoe, Komi, Čeljabinsk und Voronež.⁶ Eine weitere Desintegration, eine weitere Instabilität und Gefährdung der Sicherheit, dazu größte ökonomische Krisen, die in der schnellen Zerreißung aufeinander angewiesener Länder begründet waren, folgten. Dazu kam der allerorten spürbare Niedergang der Volkswirtschaften, besonders in der Ukraine. Der russische Rubel sackte seit 1991 gegenüber dem Dollar um das 1000fache (!) ab. Die ukrainische Währung verlor gegenüber dem schwachen Rubel noch einmal um ein Vielfaches! Die Inflation beschleunigte die Spirale fortwährend. Erst im Sommer 1997 konnte ein Einbremsen der Spirale registriert werden, die freilich durch die Geldknappheit des Staates, die sich für den Normalbürger vielfach in ständig ausständigen Lohnzahlungen auswirkt und die sein Haushaltsbudget zu einer Farce werden ließ und läßt, manifestiert.⁷

Die einzelnen Staaten im Bereich des ehemaligen RGW und der ehemaligen Sowjetunion reagierten auf drei Arten:

1. durch den raschen Aufbau autarker, jedenfalls nach Möglichkeit immer weniger von den alten, nach Osten gehenden Verbindungen unabhängiger nationaler Volkswirtschaften;
2. durch die Öffnung der Grenzen nach dem Westen, in Richtung Mittel- und Westeuropa;
3. durch eine neuerliche Integration, ein neuerliches Zusammengehen.

Eine Betrachtung des ehemaligen RGW-Raumes unter Ausklammerung der früheren sowjetischen Gebiete wäre höchst unvollständig. Noch scheinen einige osteuropäische Länder nicht in der Lage, ohne Rußland und die anderen Nachfolgestaaten zu überleben. Die Gründung der GUS, der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“,⁸ noch 1991 war der Versuch, den Zerfall der Sowjetunion abzufedern: außenpolitisch und ökonomisch. Für die ostmitteleuropäischen Staaten sollte sie Handels- und Marktfunktionen der ehemaligen Sowjetunion übernehmen.⁹

Hier soll nur kurz auf Rußland und die Ukraine, also auf die für die mittelosteuropäischen Staaten wichtigsten Länder der GUS eingegangen werden, wobei anzumerken wäre, daß sich der Westen in erster Linie Rußland zuwendet und – vor allem die USA – die Ukraine sträflich vernachlässigen.

Die Talfahrt der russischen Wirtschaft läßt sich auch mit Statistiken einigermaßen bele-

6 Vgl. u. a.: Jörg Stadelbauer, Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in: *Geograph. Rundschau* 4/1994 (= Stadelbauer, *Nachfolgestaaten*), S. 190.

7 Berechnungen auf eigener Erfahrungsbasis.

8 Zur GUS vgl. im Überblick: Roland Götz – Uwe Halbach, *Politisches Lexikon GUS*. München 1992 (= GUS), bes. S. 11ff.

9 Stadelbauer, *Nachfolgestaaten*, S. 192.

gen: Besonders signifikant erscheinen dabei die Produktionsrückgänge¹⁰, weil sie eine Fülle von Folgen im Dienstleistungs- und Handelsbereich¹¹ nach sich ziehen.

Tabelle 1: Rückgang der russischen Produktion 1989–1993 (in Prozent)

Strom	19	Leichtindustrie	57
Schwermetalle	55	Nahrungsmittel	35
Chemie, Erdöl	49	Baustoffe	31
Holzverarbeitung	52		

Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen, sie geben jedoch die Realität nur teilweise wieder, denn:

1. Jeder dritte russische Staatsbürger lebt heute unter der Armutsgrenze.
2. Die Inflation, die in erster Linie die Einkommen und Ersparnisse der Pensionisten und mittleren Einkommenbezieher weggeschmolzen hatte, konnte zwar gebremst werden. Dennoch gibt es in weiten Regionen und Bereichen eine Zahlungsunfähigkeit des Staates gegenüber Beamten. Nicht selten warten Staatsdiener auf ihre Löhne monate-lang!
3. Die Anhäufung von ökonomischem Potential, Geld und Macht in der Hand ehemaliger Mitglieder der Nomenklatura bzw. von deren Kindern.
4. Der Ausverkauf entscheidender Ressourcen zu Dumpingpreisen. Rohstoffexporte machen derzeit etwa die Hälfte der gesamten Ausfuhr der Russischen Föderation aus!
5. Das gänzliche Fehlen eines sozialen Netzes für Kranke, Alte und De-facto-Arbeitslose.
6. Die tägliche Massensuggestion des „American Way of Live“ über das Fernsehen.
7. Die Verführ- und Lenkbarkeit einer durch drei Generationen zur Obrigkeitsgläubigkeit erzogenen Masse von Menschen durch die westliche Werbung.
8. Die enorme Schattenwirtschaft, begünstigt durch das „alte System“, durch die Mangelwirtschaft, durch die schlechte Einkommenssituation und durch das Zurückziehen einer staatlichen Ordnung aus ureigenen staatlichen Aufgabengebieten.

Dennoch: Erstmals wurden seit Juli 1994 erste Folgen der kleinen Privatisierung, von Wohnungen und Kleingewerbe erahntbar. Das Problem der enormen Abhängigkeit von der kriminellen Schattenwirtschaft muß dabei noch bewältigt werden.

Die Ukraine¹², als der flächenmäßig neben Rußland größte europäische Staat, war selbst nach sowjetischen Maßstäben kaum in die Weltwirtschaft integriert. Der Handelsanteil der Ukraine betrug am sowjetischen Gesamthandel in den letzten 80er Jahren 11 bis 14 Prozent. Und selbst dieser Handel war auf den RGW-Raum konzentriert. Die natürlichen Rohstoffressourcen des Landes sind weitgehend ausgebaut, das Land erstmals ein

10 Kommersant, v. 4.–10. 10. 1993, S. 6, zit. nach Stadelbauer, Nachfolgestaaten, S.192.

11 In der russischen Übergangswirtschaft ist der legale und illegale Handel bedeutend ausgeweitet worden. Der neu-russische Terminus „Businessman“ entspricht im wesentlichen In Händler, im Alltag immer öfter auch dem des in der Schattenwirtschaft tätigen, dem „Mafioso“.

12 Vgl. GUS, S. 248–280.

Energieimporteur, schlechte Bedingungen für einen raschen Übergang zur Marktwirtschaft:

- Hoher Agraranteil,
- wenig Dienstleistungen,
- eine beachtliche, teilweise aber veraltete Schwerindustrie, dazu
- Umweltprobleme,
- große Regionalprobleme (z. B. Krim, Westukraine, Ostukraine)

machen die Perspektiven für die Ukraine eher schlecht. Aufgrund des ökonomischen Desasters wird die Ukraine daher besonders in ihren Beziehungen zu Rußland immer stärker erpreßbar.¹³

Die ökonomische Situation in den mittelosteuropäischen, ehemaligen RGW-Ländern unterscheidet sich nach ihrer Trennung aus dem ehemaligen RGW-Raum deutlich von der in den GUS-Staaten, sie ist dennoch sehr krisenfällig und inhomogen. Ländervergleiche (Folien) belegen dies etwa für die sozial wichtige Arbeitslosenquote oder für den Außenhandel und das Bruttoinlandsprodukt. Entscheidend scheint jedoch, angesichts der chronischen Investitions- und Kapitalknappheit in den angesprochenen osteuropäischen Ländern, das Länder-Bonitäts-Ranking, wie es im Bankenmagazin „Institutional Investor“ aktuell ausgewiesen wird. (Folie)

Nicht vergessen soll insbesondere in den OME-Staaten die ökonomische Grundausstattung werden:

- die vor vielen Jahren erfolgte Aufweichung der Verstaatlichung im kleinlandwirtschaftlichen, Dienstleistungs- und Kleingewerbesektor
- die Konservierung eines Restes an unternehmerischen Denkens, an Risikobereitschaft, an Eigeninitiative und Eigenverantwortung
- der höhere ökonomische Entwicklungsstand nach Kriegsende 1945
- der da und dort durchlässig gewordene Eiserne Vorhang – vor allem gegenüber Österreich, das eine Einstiegsfunktion in den Westen/aber auch umgekehrt in den Osten übernehmen konnte.

Die Auflösung des integrierenden RGW und damit in Zusammenhang auch der Rückgang des multi- und bilateralen Beziehungsgeflechtes und des gegenseitigen Außenhandels hat die Notwendigkeit deutlicher gemacht, sich in die EU zu integrieren bzw. eine Annäherung schnell und möglichst umfassend – zu suchen.

Dazu schlossen die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn in Višegrad einen losen Dreierbund, der 1993 – durch die Spaltung der Tschechoslowakei, in einen Viererbund

13 Vgl. dazu bes.: Hermann Clement, Ukraine: Kornkammer und Schwerindustriezentrum Europas?, in: Geograph. Rundschau 4/1994, S. 200ff.

(V4) umgewandelt wurde.¹⁴ Es folgten noch 1991 Assoziierungsverträge.¹⁵ Die Gründe für diese wirtschaftlichen Reintegrationsbestrebungen nach Europa („Rückkehr nach Europa“) waren mindestens zweifach:

1. Die Auflösung des Beziehungsgeflechts im RGW, die instabilen wirtschaftlichen Verhältnisse in der UdSSR, weil ja – anders als in der EG – für die ehemaligen RGW-Staaten die Sowjetunion das Beziehungsland Nr. 1 darstellte.
2. Die Aufdeckung verschütteter Erinnerungen an historische, gemeinsame Wurzeln zu Mittel- und Westeuropa, die Abschüttelung des – zumindest zum Teil zwangsweise zwischengelagerten kommunistischen planwirtschaftlichen Modells mit starker ost-europäischer Prägung. Hier stießen auch zwei Welten aufeinander, von denen die eine – die osteuropäische – besonders in Tschechien und in Westungarn nie recht angenommen worden war.

Die Višegrad-Staaten reagierten mit ihren Volkswirtschaften blitzartig auf die neue Situation: Herausragend dabei die Umlenkung der Warenströme, etwa am Beispiel Ungarn: Betrug der RGW-Anteil am ungarischen Außenhandel bis 1989 rund zwei Drittel, so sank er im Jahr 1991 bereits auf 15 Prozent, davon erreichte die ehemalige Sowjetunion immerhin noch 10 Prozent.¹⁶ Ähnliches gilt für die anderen Višegrad-Staaten, nicht jedoch etwa für Bulgarien. Dabei kommt natürlich der Einfluß der westlichen Nachbarn, von Deutschland und Österreich, das alte Handels- und Beziehungsgeflecht Mitteleuropas und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie augenscheinlich zum Ausdruck.

Doch die seltene Integration in Višegrad war nur von kurzer Dauer. Und was – etwa nach dem Beispiel der Benelux-Staaten – so hoffnungsvoll begann, die gemeinsame, abgestimmte Annäherung an die EU und an die NATO, war bald zu Ende. Bald begann zwischen den Reformpolitikern der drei, später vier Länder ein Wettlauf um die Zuneigung des Westens. Jeder wollte der erste sein, als erster in der EU. Diese wiederum forderte klare EU-Standards:

Für mehr als einen guten Ratschlag hielt man diese Forderung der EU in manchen Kanzleien der vier Staaten scheinbar nicht: Schon im Jänner 1993 verkündete Vaclav Klaus, Višegrad sei ein auslaufendes Modell, Tschechien hätte nichts mehr mit dem Donauraum zu tun und überhaupt gehöre Tschechien – nach der Trennung – nicht mehr zum Osten, sondern zum Westen. Das Treffen Clintons mit den Višegrad-Staatschefs im Jänner 1994 in Prag wurde – auf Anweisung der Prager Regierung – in Einzelgesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten durchgeführt. Warschau versuchte, Višegrad durch ein ständiges Sekretariat zu beleben, oder als Walesa vorschlug, die Staaten Ostmitteleuropas sollten eine „Ersatz-NATO“ oder eine „Ersatz-EU“ gründen, ernteten Ablehnung

¹⁴ Janusz Tycner, Quartett voller MißklSinge, in: Die Zeit, v. 22. 4. 1994 (= Tycner), S. 8, und: Janusz Skodlarski, The Origin of the Višegrad Group, in: Zbigniew Landau – Vaclav Prucha, The System of Centrally Planned Economies in Central-East and South-East Europe after World War II and the Causes of its Decay, Konferenzpapier, Prague 1994 (im Druck).

¹⁵ Zschiedrich, S. 201f.

¹⁶ Zschiedrich, S. 202f.

vor allem aus Prag. Als eine objektive Belastung für einen wirtschaftlichen Gleichklang erweisen sich vor allem die Slowakei und – trotz ausgewiesener wirtschaftlicher Glanzzahlen – doch auch Polen. Vor allem die Slowakei spielte eigentlich nur dank Višegrad in der „ersten Liga“ der Reformstaaten, obwohl sich etwa Estland oder Slowenien – gerade was Wirtschaft und Stabilität angeht – weitaus besser präsentierten.

Schließlich hat der Westen selbst der Integration von Višegrad den letzten Stoß versetzt, mit dem erklärten Willen, Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei separat an die NATO heranführen zu wollen. In einer Region, wo es alte Rivalitäten zu bändigen gilt, nicht gerade eine diplomatische Glanzleistung.¹⁷

Über die Investitionen des Westens nach Mittel-Osteuropa – als 2. Marshallplan, als Hilfe zur Umstellung auf die Marktwirtschaft oder schlicht als Joint-Venture bezeichnet – wurde im Rahmen der Tagung bereits Bedeutendes gesagt. Dabei wurde die besondere Bedeutung Österreichs erwähnt, das lange Zeit pro Kopf der Bevölkerung die höchsten Investitionsraten im Osten verbuchen konnte und absolut an der 4. Stelle stand. Bemerkt sei dazu lediglich, daß der eigentliche Geldfluß in Mittel-Osteuropa von Ost nach West geht, bedingt durch die hohen Schuldenrückzahlungen der ehemalige RGW-Staaten.

Bei all dem ist noch zu ergänzen, daß die westliche Hilfe selektiv ist und zuindest indirekt Wirtschaftspolitik darstellt: Etwa hinsichtlich der Verteilung der Branchen, in die der Westen investiert.

Ich betonte eingangs, daß die weitere Entwicklung in großen Teilen Osteuropas, namentlich auch der Ukraine, wesentlich von Moskau, also der russischen Außen- und Wirtschaftspolitik, determiniert wird. Derzeit ist es für eine langfristig angelegte Einschätzung der russischen Außenpolitik jedoch noch zu früh. Vieles wird davon abhängen, ob es dem Reformer-Gespann Čubais/Nemcov gelingen wird, die Wirtschaft langsam aus der Talsohle zu führen und damit die Akzeptanz des politischen Systems zu erhöhen. Sollte dies nicht gelingen, könnte der russische innenpolitische Reformprozeß in eine schwere Krise geraten mit großen Auswirkungen auf die Außenpolitik. Dennoch, was läßt sich heute – aus der historischen Erfahrung und der intensiveren Erfahrung vor Ort – für die möglichen Linien russischer Außenpolitik ableiten:¹⁸

- Mit der Quasi-Gleichberechtigung Rußlands am Nato-Tisch wird sein Interesse an der OSZE nachlassen, damit
- wird die Bedeutung der OSZE bei der Lösung der vielfältigen Konflikte auf dem Territorium der ehem. Sowjetunion – etwa im Kaukasus oder in Moldawien – bzw. im vorgelagerten Staatenbereich eher abnehmen.
- „Großmachtdenken“, „Einflußzonen“, „Geopolitik“ bleiben leitende Begriffe im derzeitigen russischen politischen Establishment. Daher werden Nato- und vor allem EU-Äußerungen zu russischen Verbündeten, wie etwa Weißrussland, besonders scharf beobachtet. Ich verweise dabei auf die letzten diesbezüglichen Irritationen. Moskau

17 Tycner, S. 8.

18 Zum folgenden vgl. Oliver Thränert, Perspektiven russischer Außenpolitik in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 30–31/97, S. 10f.

scheint generell bereit zu sein, in seinem früheren Einflußbereich eine gewisse eigenständige Entwicklung von Staaten zu akzeptieren, wenn dies durch klare „Freundschaftsverträge“ geregelt wurde.

- Rußland wird weiters versuchen, Widersprüche zwischen den USA und Westeuropa auszunützen. Darüber hinaus wird es versuchen, sich mit den angrenzenden asiatischen Großmächten, China und Japan, ins Benehmen zu setzen, um sich den Rücken im Osten frei zu halten. Gleichzeitig werden Staaten, die vom Westen etwa vernachlässigt wurden, wie Iran, Irak und Indien, aber ökonomisch und strategisch von großem Interesse sind, angesprochen. Damit wird
- Moskau versuchen, seine neue Idee einer multipolaren Weltordnung mit Hilfe jener Staaten durchzusetzen, die sich ebenfalls gegen eine westlichamerikanische Weltordnung wenden. Das größte Problem für Moskau besteht dabei noch vor allem darin, daß einige der potentiellen Partner als unsichere Kantonisten gelten oder als radikal-islamisch auf berechtigten Moskauer Argwohn treffen.
- Andererseits ist die herrschende Klasse in Moskau klug genug, um zu verstehen, daß die Integration in die Weltwirtschaft zentral für den Fortgang der ökonomischen Reformen und damit für das eigene Überleben ist. Dies korreliert mit dem Westen, der weiter auf Denuklerisierung und Abrüstung, auf Beseitigung größter Umweltschäden und auf eine Erweiterung der Marktwirtschaft setzen muß.
- Wirtschaftlich scheint die zukünftige Entwicklung¹⁹ eher in Richtung hin zu einer monopolistischen und interventionistischen Marktwirtschaft zu gehen. Die Konsolidierung der russischen Wirtschaft über den Weg einer unternehmerischen Marktwirtschaft scheint realistischerweise wenig erfolgversprechend.

Je stärker sich die russische Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt, desto stärker wird ihre Anziehungskraft auf die osteuropäischen Staaten, vor allem auf die Ukraine, werden. Desto stärker werden die Kräfte einer neuerlichen Integration werden. Deshalb könnte sich auf dem Gebiet der Ukraine entscheiden, wo die Grenzen des Hauses Europa gezogen werden.

Dabei überrascht, daß bis Juli 1992 die Medienbranche die meisten Investitionen anlockte. Erst danach folgten die Branchen: Banken, Nahrungs- und Genußmittel, Versorgung, Auto, Elektro-Telekommunikation. Die Baubranche stand lediglich an 8. Stelle (10 Großinvestitionsprojekte).²⁰ Dies hat sich im letzten Jahr und heuer etwas verschoben: Telekommunikation, Elektro, Auto und der Bau sind nach vorne gerückt.²¹

Zu den vom Westen bevorzugten Investitionsregionen. Sieht man sich die Höhe und Intensität der westlichen Investitionen im Osten hinsichtlich der regionalen Aufteilung an, so erkennt man unschwer bevorzugte Länder: Slowenien, Tschechien, Ungarn und Polen. Sie zogen den überwiegenden Teil aller Investitionsprojekte pro Kopf der Bevölkerung

19 Vgl. dazu Hans-Hermann Höhmann, Wirtschaftslage und Stand der ökonomischen Systemtransformation in Rußland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 30–31/1997, S. 22.

20 Vgl. Wolfgang Rigler, *Mergers & Acquisitions in Osteuropa*, in: *WdF* 7–8/1993 (= Rigler), S. 4.

21 Vgl. die veröffentlichten Nachrichtenmeldungen 1993/94 in der *Presse*.

an.²² Rußland selbst hat zwar hohe absolute Werte, doch verlieren sich diese bei einer Umrechnung auf die Bevölkerung.

Damit schafft der Westen selbst neue Integrationsräume, bestimmt wie weit nach Osten eine wirtschaftliche Anbindung an die EU gehen kann. Die Diskussion um die konzentrischen Kreise ist nicht nur eine theoretische, sie hat eine handfeste ökonomische Entsprechung.

Die Position Österreichs in diesem gleichzeitig von wirtschaftlicher In- und Desintegration geprägten Mittel-Osteuropa ist neu zu formulieren. Die – im Moment noch ziemlich undurchschaubare – Entwicklung in den ehemaligen RGW-Staaten bedeutet gerade für unser Land, insbesondere durch die Vollmitgliedschaft in der EU, eine enorme Chance:²³

- Im Zentrum der europäischen Wirtschaft zu stehen. Von der Peripherie Europas somit in die Mitte zu rücken.
- Eine starke wirtschaftliche Achse mit den nunmehrigen Reformstaaten aufzubauen, dabei jedoch selbst voll im westeuropäischen Wirtschaftsblock integriert zu sein.
- Die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch das Ausweichen in die Billig-Lohnländer des Ostens und die gleichzeitige Ansiedlung von Hochtechnologie-Fertigungen bei uns.
- Rezessionen in der EG und ihre Auswirkungen auf Österreich durch Ost-Engagement abzufedern.
- Handelsverluste im Westen zu kompensieren.
- Strukturanpassungen, Nachjustierungen sofort vorzunehmen und nicht mitzuschleppen.
- Grenzregionen in neue Förderungspakete einzubinden.
- Wien als Marktplatz des Westens gegenüber dem Osten zu erhalten, wie dies den Briten nach dem Zerfall ihres Empires mit London gelungen ist.
- Eine weitere Stärkung der Eigenkapitalquoten der österreichischen Unternehmen.
- Die Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Österreich durch gezielte, flankierende Maßnahmen des Staates, um für westliche Großinvestoren einen Brückenpfeiler gegenüber Osteuropa anzubieten.
- Aufbau längerfristiger Beziehungen durch Investitionen in die Ausbildung von Ost-Managern in Österreich.
- Ausweitung des Tourismus aus den Ostländern, der bei einer Verbesserung der Einkommensstruktur in den Reformstaaten durchaus wieder an die Größenordnung der letzten Jahre der Monarchie und der zwanziger/dreißiger Jahre anschließen könnte.

Dies alles hängt jedoch letztlich von den Entwicklungen in den Reformstaaten ab. Sie sind unvorhersehbar. Kalkuliert muß aber mindestens mit einer Unterbrechung des Marsches

22 Rigler, S. 5f.

23 Vgl. dazu: Stefan Karner, Umbruch als Bewährungsprobe in: Internationale Wirtschaft 29–30/1993, S. 8.

zur Marktwirtschaft werden. Zugleich stellt ein derart risikoreiches Engagement auch eine Verminderung des sicherheitspolitischen Risikos für unser Land dar.

Damit könnten sich längerfristig in Mittel-Osteuropa zwei wirtschaftliche Integrationskreise ergeben, die sich einerseits in Richtung EU und andererseits in Richtung Rußland orientieren:

1. Die Višegrad-Staaten und das Baltikum sowie Slowenien (eventuell auch Kroatien) mit einer Anbindung an die EU.
2. Die Ukraine, Weißrussland, die früheren Sowjetrepubliken in Mittelasien und im Kaukasus mit einer Anbindung an Rußland.

Dazwischen liegen Rumänien, Bulgarien, Albanien und der südliche ehemals jugoslawische Balkan. Ihre Zuwendungen sind noch schwerer kalkulierbar. Die Interaktion zwischen beiden Wirtschafts-Integrationskreisen wird daher zum Gradmesser für Stabilität und Sicherheit in Europa gemacht werden. Langfristig bedeutet dies die Wiederherstellung der historischen gewachsenen ökonomischen Integrationsräume in Mittel-Osteuropa.

Stefan Karner

Verwendete und weiterführende Literatur:

- Joachim AHRENS, Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und Deutschland, in: Osteuropa. Wirtschaft 1/1993, S. 1–22.
- Gerold AMBROSIUS – William H. HUBBARD, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert. München 1986 (= Ambrosius – Hubbard), bes. S. 273f.
- Atlas zur Geschichte, Bd. 2. Leipzig 1975 (= Atlas 1975), S. 82ff, 111.
- Außenwirtschaftliche Beziehungen europäischer neutraler Staaten in Krisensituationen. Tagungsband des Symposions in Wien, v. 13.–15. 6. 1989.
- Oleg BOGOMOLOV, Die Wirtschaft Rußlands Zustand und Aussichten, in: Osteuropa 6/1993, S. 513–523.
- Bela CSIKOS-NAGY, Ungarische Wirtschaftsreform und sowjetische Perestrojka, in: Österr. Osthefte 1/1989, S. 5–17.
- Enciklopedičeskij Slovar, Bd. 2. Moskau 1964, S. 408.
- Europa-Recht. Gesetzestexte. München 1972.
- Francois FEJTÖ, Die Geschichte der Volksdemokratien. 2 Bände. Graz 1972 (= Fejtö).
- Der Fischer Welt-Almanach 1970 (= Fischer Welt-Almanach), S. 199, 319.
- Der Fischer Welt-Almanach 1976 (= Fischer Welt-Almanach), S. 222f., 395.
- Der Fischer Welt-Almanach 1981 (= Fischer WeltAlmanach), S. 595.
- Josip FURKES – Karl-Heinz SCHLARP (Hg.), Jugoslawien: Ein Staat zerfällt. Der Balkan – Europas Pulverfaß. Reinbek b. Hamburg 1991 (= Furkes – Schclar).
- Olga GLEZER – Pavel POLJAN – Jörg STADELBAUER, Die demographische, wirtschaftliche und soziale Situation in der Rußländischen Föderation, in: Geogr. Rundschau 4/1994, S. 230–239.
- Andreas HILLGRUBER, Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit (1945–1963). Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 18. München Wien 1979 (= Hillgruber), bes. S. 56, 60, 160.
- Ognjan HISHOV, Wirtschaftliche Anpassungsmechanismen im Europa der Regionen. West-Ost-Disparitätenausgleich, in: Osteuropa. Wirtschaft 3/1992, S. 215ff.
- Stefan KARNER, Zum Außenhandel zwischen Österreich und Ungarn in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1987, S. 71–82.

- Stefan KARNER, Nationalitäten-Probleme im Staatsgebiet der ehemaligen Sowjetunion, in: Michael Geistlinger (Hg.), *Dissonanzen in Europa. Der neue Nationalismus und seine Folgen*. Wien 1994, S. 119–127.
- Stefan KARNER – Ingrid KUBIN – Michael STEINER, Wie real war Mitteleuropa? Zur wirtschaftlichen Verflechtung des Donauraumes nach dem Ersten Weltkrieg, in: VSWG 1987, S. 153ff.
- Otto KÖHLER, Vom Neuen Denken der Deutschen, in: *Die Zeit*, v. 20. 12. 1991, S. 51.
- Ingrid KUBIN – Michael STEINER, The Relative Integration of Europe's South-East Region. A Historical Comparison. Research Memorandum Nr. 8606 der Nat.Ökon.Institut d. Univ. Graz. August 1985.
- Zbigniew LANDAU – Vaclav PRUCHA, The System of Centrally Planned Economies in Central-East and South-East Europe after World War II and the Causes of its Decay. Introductory paper for the Intern. Scientific Conference in Prague, 23.–26. 3. 1994.
- Steve LIESMAN, Privatization. From Handout to Buyout, in: *The Moscow Times*, v. 3. 7. 1994.
- Ernest MANDEL, Das Gorbatschow Experiment. Frankfurt/Main 1989.
- Wolfgang MANTL (Hg.), Die neue Architektur Europas. Reflexionen in einer bedrohten Welt. Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 25. Wien – Köln – Graz 1991.
- Narodnoe Chozjajstvo SSSR v 1988 g. Moskau 1989.
- Franz OBERMAIER, Ukraine. Land der schwarzen Erde. Wien 1942.
- Liselotte PALME, Aufholjagd, in: *Profil* 32/1994, S. 32ff.
- Vladimir PANKOV, Die Sowjetunion zwischen Marx & Markt. Eine Herausforderung für den Westen? Wien 1990 (= Pankov).
- Othmar PICKL (Hg.), Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege. Grazer Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1. Graz 1971.
- Gijsbertus van SELM – Hans-Jürgen WAGENER, Former Soviet Republics Economic Interdependence, in: *Osteuropa. Wirtschaft* 1/1993, S. 23–39.
- Gerhard SIMON – Nadja SIMON, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums. München 1993 (= Simon).
- Janusz SKODLARSKI, The Origin of the Višegrad Group, in: Zbigniew LANDAU – Vaclav PRUCHA, The System of Centrally Planned Economies in Central-East and South-East Europe after World War II and the Causes of its Decay. Konferenzpapier. Prague 1994 (im Druck).
- Jörg STADELBAUER, Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in: *Geograph. Rundschau* 4/1994, S. 190–198.
- Sovmestnye predprijatija SSSR. Erstausgabe. Moskau 1990.
- Sto sorok besed s Molotovym. Moskau 1991.
- Alice TEICHOVA, Large Industrial Enterprise in Post-1948 Czechoslovakia, in: Zbigniew LANDAU – Vaclav PRUCHA, The System of Centrally Planned Economies in Central-East and South-East Europe after World War II and the Causes of its Decay. Konferenzpapier. Prague 1994 (im Druck).
- Peter VODOPIVEC (Hg.), *Srednja Evropa*. Ljubljana 1991.
- Giselher WIRSING, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft. Jena 1932 (=Wirsing).
- Harald ZSCHIEDRICH, Die Wirtschaften Mittel- und Osteuropas auf dem Weg in die EG, in: *Osteuropa. Wirtschaft* 3/1992, S. 201–214.

Österreichisch-ukrainische Beziehungen

Als sich im August 1991 durch Parlamentsbeschuß der Unabhängigkeitswillen der Ukraine klar manifestiert hatte, hat Österreich durch die Entsendung des Diplomaten Dr. Weninger nach Kiew – zunächst als Generalkonsul – rasch positiv reagiert. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jänner 1992 wurde das bisherige Generalkonsulat zu einer Botschaft und Dr. Weninger zum Geschäftsträger.

Einige Monate später konnte Yuri Kostenko sein Beglaubigungsschreiben als erster ukrainischer Botschafter in Österreich überreichen; im November 1992 kam auch ich als erster österreichischer Botschafter in die Ukraine.

Mit einer Reihe von Besuchen österreichischer Regierungsmitglieder, zu nennen sind Vizekanzler Busek und die Minister Schüssel, Lacina, Fischler und Mock, wurde noch 1992 auch auf politischer Ebene Kontakt aufgenommen und durch die Einrichtung von Österreichbibliotheken in Kiew, L'viv und Černivci sowie die Eröffnung einer Außenstelle des Ost- und Südosteuropainstitutes in Lemberg das Interesse Österreichs an guter Zusammenarbeit mit der wiedererstandenen Ukraine unter Beweis gestellt. In der Folge wurde eine Österreichbibliothek auch noch in Charkiv, der größten Stadt der Ostukraine, etabliert. Von ukrainischer Seite haben noch im Jahr 1992 Premierminister Fokin, Kulturministerin Chorolez und Innenminister Wassilyšin Österreich besucht.

Auch in den Folgejahren kam es zu zahlreichen Begegnungen der Spitzopolitiker beider Länder: Bundesminister Fasslabend besuchte die Ukraine zweimal, die ukrainischen Verteidigungsminister Chmarow und Kuzmuk waren beide zu Besuch in Österreich, Bundesminister Bartenstein war zum 10. Jahrestag der Katastrophe von Černobyl in Kiew und besuchte auch den Unglücksort; Justizminister Michalek war heuer in der Ukraine. Außenminister Zlen'ko war 1993 zu einem offiziellen Besuch in Wien und kürzlich Vizekanzler Schüssel in Kiew.

Nationalratspräsident Fischer besuchte 1996 Kiew und Černivci, Parlamentspräsident Moroz im heurigen Frühjahr Österreich, Bundespräsident Klestil traf mit Staatspräsident Kučman in Lancut in Polen sowie voriges Jahr und heuer bei den vom Weltwirtschaftsforum in Salzburg veranstalteten Wirtschaftsgesprächen zusammen. Bilaterale Gespräche der Regierungschefs und Außenminister gab es aber auch bei etlichen Konferenzen internationaler Organisationen und Vereinigungen, wie der Atomenergiebehörde und der Zentraleuropäischen Initiative, um nur einige zu nennen.

Das gegenseitige Interesse ist also durchaus nicht gering. Warum? Botschafter Falejan hat schon auf die Größe der Ukraine hingewiesen. Aber es kommt noch etwas hinzu: Wenn es vor allem die Polen waren, die wesentlich zum Zerfall des Sowjetimperiums beigetragen haben und damit auch uns eine größere außenpolitische Bewegungsfreiheit verschafft haben, so wird es sehr weitgehend auch vom Selbständigkeitswillen der Ukraine und der Entwicklung in diesem großen europäischen Land abhängen, ob uns dieser außenpolitische Spielraum erhalten bleibt. Österreich hat daher an der außenpolitischen Linie der Ukraine und an ihrer inneren Entwicklung großes Interesse. Wir teilen dieses Interesse mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

In der außenpolitischen Führungsschicht der Ukraine ist man sehr am Weg des neutralen Österreichs in die europäischen und transatlantischen Strukturen interessiert. Man sieht mutatis mutandis gewisse Parallelen in der geopolitischen Situierung beider Länder sowie in der daraus resultierenden Interessenslage und ist am Austausch entsprechender Erfahrungen und Meinungen interessiert. Die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union erhöht das ukrainische Interesse an den österreichischen Positionen und Standpunkten. Mit der österreichischen EU-Präsidentschaft 1998 wird dieses Interesse eine weitere Steigerung erfahren.

Über den wirtschaftlichen Aspekt der Beziehungen wurde bereits gesprochen. Es genügt, wenn ich auf die Größe des ukrainischen Marktes einerseits hinweise, sowie darauf, daß Österreich zu den 20 wichtigsten Handelspartnern der Ukraine zählt. Nicht zuletzt auch dank der erfolgreich am ukrainischen Markt operierenden Austrian Airlines ist Österreich für die Ukraine ein wichtiges Tor nach Westeuropa.

Über die Beziehungen auf dem Gebiet der Bildung und Wissenschaft wird noch gesprochen werden. Lassen Sie mich nur soviel sagen, daß hier ganz wichtige, ausgezeichnete Arbeit geleistet wurde und eine wirklich wertvolle Zusammenarbeit auf vielen Gebieten in Gang gesetzt werden konnte. Das inzwischen ausgelaufene Sonderstipendienprogramm für junge Wissenschaftler hat in dieser Hinsicht eine sehr positive Wirkung gehabt. Ich muß hier auch die ausgezeichnete Arbeiterwähnen, die die Außenstelle des Ost- und Südosteuropainstitutes in L'viv bis zu ihrer Schließung Ende 1996 geleistet hat. Ich hoffe, daß die Bemühungen, eine Nachfolgeinstitution ins Leben zu rufen, bald Erfolg haben werden.

Die beste Grundlage guter zwischenstaatlicher Beziehungen sind gute zwischenmenschliche Beziehungen. Als einen jener, die diese Erkenntnis am erfolgreichsten und konsequentesten in die Tat umgesetzt haben – und zwar auch im Verhältnis zur Ukraine, muß ich hier – und wirklich nicht nur wegen des Genius loci – dem Altbürgermeister von Klagenfurt Leopold Guggenberger Tribut zollen. Nicht zuletzt auch auf ihn ist die Zusammenarbeit von Kärnten und der Landeshauptstadt Klagenfurt mit Oblast' und Stadt Černivci zurückzuführen. Ich freue mich, feststellen zu können, daß er in dieser Hinsicht sofort würdige und äußerst aktive Nachfolger hier in Kärnten gefunden hat. Heuer konnte eine Partnerschaft auch zwischen Tirol und der Oblast Ivano Frankiv's'k vereinbart werden. Die Städtepartnerschaft zwischen Wien und Kiew könnte eine Wiederbelebung vertragen.

Obwohl sich die Hilfsbereitschaft der Österreicher in den letzten Jahren vor allem unseren Nachbarn in Not im ehemaligen Jugoslawien zugewendet hat, so gab und gibt es doch eine beachtliche Zahl von privaten Hilfsaktionen von Österreichern für die Ukraine. Sehr positiv sind die Aktivitäten der österreichischen Caritas in der Ukraine.

Wenn ich nun auch noch die Hilfsaktionen aus Oberösterreich für die deutschsprachigen Nachkommen von Forstarbeitern aus der Bad Ischler Gegend, die sich im 18. Jahrhundert in die Waldtäler Zakarpatiens verpflichtet haben, erwähne, dann bin ich dort, wo Sie vielleicht gedacht haben, daß ich beginnen werde, nämlich bei der gemeinsamen Geschichte. Bei uns hat so mancher noch im Ohr, daß der Großvater in der Landeshaupt-

stadt Lemberg, in Czernowitz oder Stanislau stationiert war; die Ukrainer haben es der Monarchie nicht vergessen, daß ukrainische Bücher dort gedruckt werden konnten, als dies im Zarenreich verboten war.

Das Interesse an kultureller Zusammenarbeit ist groß; heute fehlt nur leider allzuoft auf beiden Seiten das nötige Geld. Womit ich Sie auf den harten Boden auch österreichischer Wirklichkeit zurückgeführt habe.

Georg Weiss

Zustand und Perspektiven der ukrainisch-österreichischen Wissenschaftsbeziehungen

Österreich und die Ukraine (insbesondere der westliche Teil der Ukraine, die früheren Kronländer Galizien und Lodomerien) sind durch uralte historische, wissenschaftliche und kulturelle Kontakte miteinander verknüpft. Die Grundsteine der heutigen wissenschaftlichen Zusammenarbeit wurden noch in den letzten Jahren der Existenz der UdSSR gelegt, dank der Initiative und der aktiven Unterstützung von Regierungs- und Wissenschaftskreisen sowie der Öffentlichkeit beider Länder. Besonders sollte man die Tätigkeit des damaligen Ministers für Wissenschaft und Forschung und Vizekanzlers Österreichs Dr. Erhard Busek, des Vorsitzenden des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa hervorheben. Er war es, der einen besonderen Akzent auf die Vermittlerrolle Österreichs zwischen der Europäischen Union und den östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten, die entweder (wie die Ukraine) Teil der Sowjetunion waren oder (wie die Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Bulgarien) zum sogenanntem Ostblock gehörten und auf den Aufbau der wissenschaftlichen Beziehungen zu ihnen setzte.

Nach dem Wiedererlangen der Unabhängigkeit der Ukraine wurde im Juli 1992, auf Initiative der Regierungen beider Länder, in L'viv eine Außenstelle des Österreichischen Instituts für Ost- und Südosteuropa gegründet. Der Vizekanzler Österreichs, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. E. Busek und der Vizepremier der Ukraine, Minister für humanitäre Angelegenheiten Akademik I. Kuras waren persönlich anwesend. Im September desselben Jahres wurde auch das Ukrainisch-Österreichische Wissenschaftszentrum der Nationalakademie der Wissenschaften der Ukraine eingerichtet.

Dank den Bemühungen dieser Institutionen, sowie vieler anderer Einrichtungen und Personen, erfuhren im Zeitraum 1992–1997 die wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Ukraine und Österreichs eine gute Entwicklung. Unter den Koordinatoren dieser Zusammenarbeit sind hervorzuheben MinRat Dr. O. Huber (BMWF, IDM), SC i.R. Dr. B. Stillfried (Österreich Kooperation), o. Univ.-Prof. A. Suppan, Dr. J. Vogl, o. Univ.-Prof. Dr. I. Slavinski (ÖOSI), Uni.-Doz. Dr. med. I. Huk, die Leiterinnen der Außenstelle ÖOSI L'viv Dr. E. Hofer und Mag. E. Mattelschweiger sowie auf ukrainischer Seite Akademik J. Juchnovs'kyj, Ja. Jackiv (NAdW der Ukraine), die Professoren T. Kyjak (Universität Černivci), B. Bilyns'kyj (Mediz. Uni. L'viv), Vizehonorarkonsul Prof. Dr. R. Krypjakevyč (UÖWZ). Eine große Hilfe leisteten zudem die Botschaften Österreichs in Kiew und der Ukraine Wien. Aus folgenden Punkten bestand der Hauptteil der Kooperation:

1. Studien und Praktika für ukrainische Studenten resp. Wissenschaftler in Österreich mit Hilfe von Stipendien des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, der Außenstelle des Österreichischen Ost- und Südosteuropa Instituts und anderer Institutionen. In diesen sechs Jahren konnten hunderte ukrainische Stipendiaten wissenschaftliche Kontakte in Österreich knüpfen und wissenschaftlich forschen. Diese Aktion wurde zur Grundlage für die Entwicklung der Kooperation;

2. Einrichtung der Österreichischen Bibliotheken (in Kiew, L'viv, Černivci, Charkiv);
3. Sprachunterricht von österreichischen Lektoren an den Universitäten der Ukraine (L'viv, Ivano-Frankivs'k, Černivci), Organisieren der jährlichen Kurse und Sommerschulen für das Sprachstudium;
4. Einladung an Wissenschaftler zu Referaten an den Universitäten und wissenschaftlichen Anstalten;
5. Verwirklichung einer großen Anzahl von wissenschaftlichen Seminaren, Workshops, Konferenzen, Symposien, Sommerkursen;
6. Organisation und Ausführung der gemeinsamen wissenschaftlichen Projekte (insbesondere in den Zweigen Physik, Chemie, Landwirtschaftswissenschaften, Biochemie, Geodäsie, Medizin, Literaturkunde, Architektur und dergleichen);
7. Expertenaustausch, Praktika für Studenten und Wissenschaftler;
8. Initierung direkter Kontakte und eines regen Austausches unter den wissenschaftlichen Institutionen beider Länder (z. B. Technische Universität Wien – Technische Universität L'viv, Wirtschaftsuniversität Kiew – Wirtschaftsuniversität Wien, Universität Černivci – Universität Klagenfurt);
9. Veranstaltung von Ausstellungen, Konzerten und anderen kulturellen Ereignissen.

Zustand der Kooperation in verschiedenen Wissenschaftszweigen

Kooperation in den Naturwissenschaften

Dank dem gleich hohen Niveau der Wissenschaftler beider Länder konnten erfolgreich Kontakte im Zweige der biologischen Naturwissenschaften geknüpft werden.

Im Bereich der Physik wurden bereits, basierend auf den gemeinsamen Projekten des Instituts für Physik der kondensierten Systeme der Nationalakademie der Wissenschaften der Ukraine in L'viv und der TU Wien sowie der Universität Linz, eine zufriedenstellende Zahl gemeinsamer Publikationen veröffentlicht. Ukrainische Wissenschaftler werden zur Forschungsarbeit und zu Vorlesungen an die österreichischen Universitäten eingeladen. So ist für 1998 eine große Konferenz unter der Teilnahme von ukrainischen und österreichischen Gelehrten mit Unterstützung des INTAS-Programms geplant.

Es gibt zudem gute Beziehungen zwischen dem Institut für theoretische Physik in Kiew und dem Institut für Kernphysik der TU Wien. In Rachiv wurde eine internationale Konferenz abgehalten, die aus der Initiative von Dr. Moskaljuk geboren wurde, und sich mit den theoretischen Methoden in der Mathematik und Physik befaßte. Hier nahmen auf österreichischer Seite die Vertreter des Instituts für Theoretische Physik TU Wien und des Erwin-Schrödinger-Instituts teil.

Biochemiker von L'viv und Graz führen, unter der Koordination von Dr. S. Kohlwein (TU Graz), gemeinsame Forschungen über das regulatorische Zellsystemen durch.

Im Zweige der Chemie wird, seit ein paar Jahren, die fruchtbare ukrainisch-österreichisch-schweizerische Zusammenarbeit in der Erforschung der Entstehung und Zu-

sammensetzung von Intermetalliden (L'viver Universität – TU Wien – Universität Genf) fortgesetzt. Die ukrainische Seite befaßt sich mit der Synthese dieser metallischen Verbindungen, während sich die westlichen Partner mit der Untersuchung ihrer physikalisch-chemischen Eigenschaften beschäftigen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit wurden bereits drei Schulungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs durchgeführt.

Im Zweige der Geologie wurde ein gemeinsames Projekt zwischen dem Institut für Geophysik (Ukraine) und der Bundesanstalt für Geologie (Österreich) – „Tektomagnetik von den Alpen-Karpathen“ durchgeführt.

Es gibt zudem positive Ergebnisse in der Kooperation von Geographen, Ökologen, Mathematikern und Astronomen.

Zusammenarbeit in den technischen Wissenschaften

Auf dem Gebiet der technischen Wissenschaften entwickelt sich die Zusammenarbeit jedoch weniger erfolgreich. Das scheint an der unterschiedlichen Orientierung der wissenschaftlichen Richtungen in beiden Ländern in der Vergangenheit zu liegen, aus der sich wohl zwangsläufig unterschiedliche technische Grundlagen und Standards entwickeln mußten. Als positives Beispiel kann man die Kontaktanknüpfung zwischen der TU L'viv, der TU Wien und dem Forschungszentrum Seibersdorf nennen. Gemeinsam mit diesem Zentrum wurde mit den L'viver Wissenschaftlern ein gemeinschaftliches Projekt zur Ausarbeitung von Technologien für die Gewinnung von Biogas im Rahmen des INCO-COPERNICUS- Programms vorbereitet.

Sehr gute Kontakte gibt es im Bereich der Architektur zwischen der TU L'viv und der TU Wien. Im Rahmen eines gemeinsamen Projektes unter der Leitung von Prof. B. Čerkes und Prof. M. Kubelik, wurden eine Reihe von Seminaren, Konferenzen und Vorlesungsreihen abgehalten, sowie ein Studenten- und Hochschullehreraustausch durchgeführt.

Unter den Koordinatoren Dr. I. Huk und Prof. B. Bilyns'kyj ist eine gute Kooperation auf dem Gebiet der Medizin in Gang gebracht worden. Mit der Unterstützung des BMFWF erfüllte man das gemeinsame Projekt zwischen dem Institut für biochemische Pharmakologie der Universität Innsbruck und dem Institut für Physiologie in Kiew.

Kooperation in den Agrarwissenschaften

Im Zweige der Agrarwissenschaften schenkt man der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen ukrainischen und österreichischen Institutionen des landwirtschaftlichen Sektors große Beachtung. Diese Kooperation begann in L'viv 1993 mit der Durchführung eines Seminars „Perspektiven der Entwicklung der ukrainischen Landwirtschaft im Lichte von österreichischer Erfahrung“. Dieses wurde auf Anregung des Westlichen Wissenschaftszentrums der Nationalakademie der Wissenschaften der Ukraine und der Außenstelle ÖOSI durchgeführt. Zudem wurde eine Reihe von Seminaren abgehalten, sowie der Austausch von Fachleuten und weiterführende Studienmaßnahmen und die Herausgabe von Nachschlagewerken organisiert. Dank der in Gang gebrachten Zusammenarbeit und der Unterstützung von Regierungskreisen der Ukraine und Österreichs wurde im

September 1996 in L'viv das Symposion „Ukraine – Österreich. Landwirtschaft und Praxis“ durchgeführt, an dem sich etwa 300 Teilnehmer, darunter 50 aus Österreich, beteiligten. Diese waren die Vertreter einer Reihe von Anstalten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, der Universität für Bodenkultur Wien, der Wiener Universität für Veterinärmedizin sowie Landwirte und Geschäftsleute. Eine bedeutende Hilfe in der Organisation dieses Symposions haben das Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr, das Ost- und Südosteuropainstitut und die österreichische Botschaft in der Ukraine geleistet. Auf Grund des Gelingens dieser Konferenz kamen zwei gemeinsame Projekte, „Land Management als Grundlage für die Lösung der Rechts- und Agrarprobleme am Beispiel einer der Regionen der Ukraine“ und „Entwicklung des Agrar- und Tourismuspotentials in der Karpatenregion der Westukraine“ vorbereitet. Man plant die Abhaltung einer Reihe von Seminaren.

Zusammenarbeit im Bereich der Geisteswissenschaften

Unter den positiven Resultaten ist die Durchführung einer Reihe von Konferenzen und Seminaren (insbesondere, „Joseph Roth und Galizien“ [L'viv, 1994], „Vergleichende Analyse der politischen Strukturen der Ukraine und Österreichs“ [Kiew, 1995], „Ethnographie ohne Grenzen“ [L'viv, 1996] u. a.) anzuführen. Außerdem sollte das Heranziehen von Studenten und Wissenschaftlern zur Teilnahme an den Sommerschulen (Alpbach, „Europäische Integration“, Sommerschule der Wiener Wirtschaftsuniversität oder Černivci. Die Offene Gesellschaft und Ihre Feinde [1994], u. a.) nicht unerwähnt bleiben. Dennoch wird man dieser Sphäre der Beziehungen noch weiter große Aufmerksamkeit zuteil werden lassen müssen, weil die Entwicklung ebendieser Wissenschaften in der Ukraine durch die bekannten ideologischen Faktoren in bedeutendem Maße gehemmt wurde. Bedauerlicherweise ist bisher die Kooperation mit solch gewichtigen österreichischen Institutionen wie dem Internationalen Forschungszentrum der Kulturwissenschaften und dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen nicht so recht in Gang gekommen.

Gute Kontakte und eine Reihe von gemeinsamen Projekten existieren im Bereich der Literaturkunde und Germanistik (so zwischen den Universitäten L'viv und den Universitäten von Salzburg und Wien, sowie zwischen der Universität Černivci und dem Österreichischen Ost- und Südosteuropainstitut).

Ein günstiger Anlaß zum gegenseitigen Kennenlernen war im wissenschaftlichen Leben beider Länder die Feier anlässlich des hundertzwanzigjährigen Jubiläums der Gründung der Universität Černivci vom 29. 9.–4. 10. 1995.

Im Februar 1996 wurde in Kiew das Abkommen zwischen den Akademien der Wissenschaften Österreichs und der Ukraine unterzeichnet; im Mai 1996 fand daraufhin eine Visite vom Präsidenten der NAdW der Ukraine in Wien statt. Im Rahmen dieses bilateralen Abkommens wurde mit einer Reihe von Projekten begonnen, insbesondere in der Geschichtsforschung. So entstanden zwischen dem Ukrainisch-Österreichischen Wissen-

schaftszentrums, dem Institut für Ukrainekunde der NAdW der Ukraine und der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte und der Historischen Kommission der ÖAW (hier sind unter anderen die Projekte „Galizisches Städtebuch“, „Geschichte Galiziens in der Zeit der Österreichisch-Ungarischen Monarchie“) zu nennen, eine rege Kooperation. Aus den Reihen der Teilnehmer des ukrainisch-österreichischen Seminars, das der Geschichte Galiziens gewidmet war und am 22.–24. September 1997 stattfand, wurde der interessante Vorschlag vorgebracht, die „Gesellschaft der Forscher Galiziens“ zu begründen und zu ihrer Arbeit die führenden Fachleute aus verschiedenen Ländern heranziehen und die Herausgabe eines Jahrbuches zu initiieren.

Probleme und Perspektiven

Eines der wichtigsten Probleme ist natürlich das Finanzproblem.

Die Ukraine erlebt derzeit eine schwere Phase des gesellschaftlichen Umbruchs, der Wirtschaftsreform und Umstrukturierung. Diese Dinge liegen wie eine schwere Last auf den Bereichen der Wissenschaft und der Bildung, die unter der unzureichenden Budgetfinanzierung sehr zu leiden haben. Es ist sehr schwer, auch die Kontakte aus anderen Quellen zu finden. Und nicht allen gelingt es, sich den neuen Bedingungen anzupassen und weiterzuarbeiten.

Nach dem Beitritt zur EU war auch für Österreich eine bestimmte Korrektur seiner Finanzpolitik erforderlich, die auf Einsparungen im Budget, aber auch bei der Wissenschaft gerichtet war.

Ungeachtet der Schwierigkeiten dieser Periode, sollten jedoch die Wissenschaftler beider Länder ihre Zusammenarbeit fortsetzen und weiterentwickeln. Wir hoffen, daß die Schließung der Außenstelle des Ost- und Südosteuropa Institut in L'viv, die einen großen Beitrag für die Entwicklung dieser Beziehungen gemacht hat, nur vorübergehend sein wird.

Vorschläge betreffs der weiteren Zusammenarbeit:

1. Unterstützung der bi- und multilateralen Wissenschaftsprojekte.

Heutzutage wird die Wissenschaft immer mehr internationalisiert. Eine der wichtigsten Aufgaben und Möglichkeiten der Finanzierung ist die Organisation und die Teilnahme der Wissenschaftler beider Länder an den wissenschaftlichen Programmen der EU (INTAS, INCO-COPERNICUS, TEMPUS u. a.).

Sowohl in der Ukraine als auch, wenngleich in geringerem Maße, in Österreich, fehlt es an Erfahrung an der erfolgreichen Teilnahme an Projekten in diesen Programmen. Darum wäre es sicherlich sinnvoll, die Bemühungen der an den EU-Programmen Österreichs und der Ukraine interessierten Institutionen zu vereinigen und zu koordinieren. Zu einem sehr guten Unternehmen in diesem Sinne wurde die Veranstaltung im Juni 1997 in Wien des vom Ost- und Südosteuropainstitut und dem BIT (Büro für internationale

Forschungs- und Technologiekooperation), veranstalteten Seminars COPEX. Man sollte diese Praxis fortsetzen. In der Ukraine wurde die Informationsverbreitung, sowie Ausbildung und Konsultation in der Projektvorbereitung von dem Ukrainisch-Österreichischen Wissenschaftszentrum übernommen. Wir konnten uns mit entsprechender Initiative an das Ministerium für Wissenschaft und an die NAdW der Ukraine, sowie an das Ministerium des Äußern wenden.

- Man muß auch die Praxis der Unterstützung der bilateralen Projekten fortsetzen.
2. Fortsetzung der Praxis in der Organisation der gemeinsamen Seminare, Symposien und Konferenzen in den Fragen, die von gemeinsamem Interesse für die Wissenschaftler beider Länder sind. Insbesondere wäre es zweckmäßig, folgende Seminare zu organisieren:
 - „Perspektive des Eintritts der Ukraine in die Strukturen der Europäischen Union“;
 - „Wirtschafts- und Rechtsaspekte der Landwirtschaftsreform“
 - „Österreichische Erfahrung in der Durchführung der Innovationspolitik“ u. a.
 3. Gründung einer gemeinsamen ukrainisch-österreichischen Informationsstelle; Unterstützung von Publikationen.
 4. Erweiterung der Kooperation im Bereich der Ausbildung, insbesondere in den Geisteswissenschaften: Erfahrungsaustausch unter den Hochschulen und Universitäten im Sinne eines Vergleichs des Bildungssystems und der Unterrichtsprogramme; Praktika für die Lehrer in neuen Fächern, Kontaktanknüpfung und Pflege unter den Fachschulen, sowie auch unter den Schulen und schließlich weitere Förderung der gegenseitigen Sprachstudien.
 5. Organisation in der Ukraine von zwei bis vierwöchentlichen Kursen, für die Ausbildung von Landwirten, wirtschaftlichen Führungs- und Funktionsräten und Fremdenverkehrspersonal als Ergänzung der bereits bestehenden Einrichtungen.

Volodymyr Demčenko

Österreichisch-Ukrainische Wissenschaftsbeziehungen

1. Dank an Herrn Abg. und Univ.-Prof. Dr. Kyjak für die Anregung zur Durchführung des Workshops und Dank an die Universität Klagenfurt, die das Institut bei der Realisierung des Vorhabens wirkungsvoll unterstützte. Gedacht werden muß auch all jenen Ministerien, der Landesregierung, der Stadt, der Wirtschaftskammer und den Firmen, die das Vorhaben nachhaltig unterstützen.

2. Ein solcher Workshop ist notwendig, um sich kennenzulernen oder besser kennenzulernen. Das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa hat schon einige Male österreichische Wissenschaftler, die an Kontakten zu einem bestimmten Land im Donauraum oder dem übrigen Mitteleuropa besonders interessiert sind, zusammengeführt, damit sie ihre Erfahrungen austauschen können und Anregungen für weitere Kooperationen erhalten. Dieser Workshop, zumindest die Beratung in der Plattform Wissenschaft kann auch in dieser Richtung verstanden werden, um so mehr, als diesmal hervorragende Wissenschaftler aus der Ukraine selbst teilnehmen und künftige Kooperationen unmittelbar angebahnt werden können.

3. Die Ausgangslage für Wissenschaftsbeziehungen zur Ukraine – ich habe nicht die Absicht als Hobbyhistoriker zu dilettieren – waren durch die vielen Jahre der Zugehörigkeit der Ukraine zur Sowjetunion fast nicht vorhanden. Die österreichisch-sowjetische Gesellschaft bemühte sich zwar, Partnerschaften zwischen einzelnen österreichischen Bundesländern und Teilstaaten der früheren Sowjetunion zu initiieren, der Ukraine war aber kein österreichisches Bundesland zugewiesen. Kooperationen mit österreichischen Universitäten und Hochschulen waren nach meinem Wissensstand nicht vorhanden.

4. Als die Ukraine selbständig wurde, hat der damalige Wissenschaftsminister und Vizekanzler, Dr. Erhard Busek, für seinen Bereich, das heißt für das damals noch bestehende Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, festgelegt, daß die Ukraine als einziger Staat der GUS Schwerpunktstand der österreichischen Wissenschaftskooperation wird. Hier spielten wahrscheinlich die historischen Beziehungen der Westukraine zum alten Österreich eine Rolle.

5. Zunächst galt es Pionierarbeiten zu leisten, um interessierte Kontaktstellen aufzuspüren und Pfeiler für künftige Brücken zu identifizieren. Das vom damaligen Minister kommende Signal wurde erstaunlich schnell und gut aufgegriffen, wobei einzelne Personen besonders bleibende Verdienste haben. Es ist im Rahmen eines kurzen Überblicks nicht möglich, alle Personen, die einen essentiellen Beitrag geleistet haben, aufzuzählen. Besonders erwähnen möchte ich dennoch Ass. Prof. Dr. Ihor Huk von der medizinischen Fakultät der Universität Wien, Herrn Vizerektor Prof. Dr. Gerhard Neweklofsky, die Universitätsprofessoren Dr. Andreas Moritsch, Dr. Arnold Suppan, Dr. Kubelik, SC Dr. Bernhard Stillfried, ehemals im BmaA, Dr. Wolfgang Kraus, ehemals Gesellschaft für Literatur, Ass. Mag. Tillmann Reuther, Frau Mag. Häupler von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Frau Dr. Slavinski, Österreichisches Ost- und Südosteuropainstitut und Frau Maria Ostheim-Dzerowycz.

Die meisten nehmen erfreulicherweise als Diskutanten an unserer Veranstaltung teil.

Hier müßte ich auch jene ukrainischen Wissenschaftler erwähnen, die die Einladung zur Zusammenarbeit gerne aufgegriffen haben. Hier sind vor allem beispielhaft: Abg. Prof. Juchnovs'ky, die Professoren Jackiv, Kiyak und Dr. Demčenko sowie Prof. Krypjakevyč und Prof. Bidlins'ky aus L'viv zu erwähnen.

6. Erfreulicherweise war zu jener Zeit die österreichische Politik insoweit koordiniert, als der Schwerpunktfestlegung durch den Wissenschaftsminister auch die Eröffnung einer österreichischen Botschaft in Kiew folgte. An der Botschaft wurde auch ein Kulturattaché eingesetzt. Richtigerweise wurde in L'viv zusätzlich eine Außenstelle des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts geschaffen, die erst 1996 vorübergehend eingestellt werden mußte. Es ist beachtlich, wie aktiv diese Stelle unter Leitung von Frau Dr. Elisabeth Hofer arbeitete und wie viele Kontakte zu Universitäten und Hochschulen sowie zu anderen wissenschaftlichen Institutionen wie z. B. auch zum Österreichischen Eich- und Vermessungsamt aufgebaut werden konnten.

Gestatten Sie mir nur, daß ich einige Instrumente der Kooperation anführe, die in den Beziehungen zur Ukraine Anwendung gefunden haben:

- Akademieabkommen
- Universitäts- und Fakultätspartnerschaften
- Kooperation von Instituten
- Unterstützung von Kongreßteilnahmen
- autonome Universitätsbeziehungen
- Lektorenentsendungen
- Deutschkurse in L'viv
- Österreich-Bibliotheken
- Summerschoolteilnahmen
- Summerschoolveranstaltung in Kiew
- Summercollegs in Charkiv
- gemeinsame Symposien
- Gastvorlesungen österreichischer Professoren

Österreich wird niemals in der Lage sein, für die Ukraine als wirklich großes Land einen flächendeckenden, substantiellen wissenschaftlichen Aufbau und Ausbau finanzieren zu können. Was Österreich könnte, wäre die intensive Beschäftigung von Wissenschaftlern mit der Ukraine und damit sehr wohl ein wichtiger Beitrag zur Bekanntmachung der Leistungen und Möglichkeiten der ukrainischen Wissenschaftler für Europa. Die gegenwärtige wissenschaftliche und insbesondere Universitätssituation ist solchen Vorschlägen und Gedanken nicht sonderlich förderlich. Um so höher ist das Engagement von Frau Prof. Besters-Dilger einzuschätzen, die sich mit ukrainischer Unterstützung bemüht, die Ukrainistik an der Universität Wien unabhängig von aktuellen Hörerzahlen einzuführen.

Othmar Huber

Die Ukrainistik in Wien und die Rolle des Ukrainischen in Österreich

1. Die Ukrainistik in Wien

Im Mai 1995 hat im IDM eine Gesprächsrunde stattgefunden, deren Ziel eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Ukraine war. Ein Protokoll dieser Besprechung ist beim IDM erhältlich. Ich kann mich deshalb auf die Darstellung dessen beschränken, was seither im universitären Bereich geschehen ist, was sich also in der 2. Jahreshälfte 1995, in den Jahren 1996 und 1997 verändert hat, wobei ich nicht auf die Einzelkontakte zwischen Instituten oder Wissenschaftlern eingehen werde, die Volodymyr Demčenko in seinem Beitrag zum großen Teil bereits genannt hat.

Die Entwicklung weist sowohl negative als auch positive Züge auf:

Negativ ist aus universitärer Sicht zu vermerken, daß die Aktion „Österreich-Ukraine“ Ende 1995 auslief, sodaß sich die Zahl der Stipendien für ukrainische Wissenschaftler, die nach Österreich kommen möchten, erheblich verringert hat (von 300 Stipendienmonaten noch 1995 auf je 100 Monate in den Jahren 1996 und 1997). Sehr bedauerlich ist auch, daß infolge finanzieller Einsparungen die Außenstelle des Ost- und Südosteuropa- Instituts in L'viv Ende 1996 geschlossen wurde. Leider wurden auch die Ukrainisch- Kurse an der Wirtschaftsuniversität Wien nach einer etwa dreijährigen Versuchphase wegen man gelnder Nachfrage wieder eingestellt.

Positiv ist die Neueinrichtung einer „Verbindungsstelle L'viv“ zu beurteilen, die gemeinsam vom Unterrichts-, Wissenschafts- und Außenministerium betrieben werden soll und deren Leiter bzw. Leiterin am 8. Oktober bestellt wird.

Positiv ist auch die Bewilligung und Durchführung des ersten Österreichisch-ukrainischen Sommerkollegs *in ukrainischer Sprache* im Juli dieses Jahres in L'viv zu bewerten, an dem je 15 österreichische und ukrainische Studenten teilgenommen haben, wobei Herr Doz. Dr. Woldan (Salzburg) und ich Wert darauf gelegt haben, daß die Ukrainer nicht nur aus L'viv, sondern zu je einem Drittel aus Kiew und Černivci kamen. Das Prinzip eines Sommerkollegs ist folgendes: Eine gleich große Anzahl von Österreichern und Ukrainern lernt jeweils die Sprache des anderen, das umfangreiche kulturelle Rahmenprogramm wird teils auf ukrainisch, teils auf deutsch durchgeführt.

Ebenfalls positiv ist ein erneuter Vorstoß der Kiewer Ševčenko-Universität zu beurteilen, die ein Partnerschaftsabkommen mit der Universität Wien anstrebt. Der Rektor der Kiewer Universität hat brieflich vorgeführt und auch eine Einladung nach Wien erhalten, doch bin ich persönlich skeptisch, was die Realisierung dieses Vorhabens betrifft. Die Wiener Universität ist hinsichtlich Partnerschaften eher vorsichtig und wegen der knappen Mittel für diesen Bereich nicht bereit, irgendwelche finanziellen Verpflichtungen einzugehen. Außerdem erwartet man sich in Wien von neuen Partnerschaften einen klaren

Nutzen für die eigene Universität und sieht einen solchen bei einer Partneruniversität in der Ukraine (wie übrigens auch in Rußland) im Moment als (noch) nicht gegeben, zumindest weniger gegeben als etwa bei einer amerikanischen Universität.

Positiv ist, daß die Wirtschaftsuniversität Wien inzwischen ein Partnerschaftsabkommen mit der Wirtschaftsuniversität Kiew geschlossen hat und somit die Kooperation einen stabilen Rahmen erhalten hat. Neben einer Sommeruniversität in Kiew (15 österreichische, 30 ukrainische Teilnehmer) gibt es ein Programm zur Aufnahme von ukrainischen Wirtschaftsstudenten an die WU Wien, wobei außer dem Studium auch ein einmonatiges Praktikum eingeplant ist. Leider nutzen die WU-Studenten die ebenfalls vorgesehene Möglichkeit zum Studium in Kiew bisher kaum.

Positiv ist auch das weit vorangeschrittene Vorhaben einer Partnerschaft zwischen den Universitäten Salzburg und L'viv zu beurteilen, über das ich hier berichten möchte, da kein Vertreter der Salzburger Universität anwesend ist. Ich erhielt die Auskunft, daß die ukrainische Unterschrift unter das Abkommen schon im Dezember vergangenen Jahres geleistet wurde, daß also nur noch die Unterzeichnung auf Salzburger Seite aussteht und man bisher deshalb korrekterweise nur von einer Kooperation und noch nicht von einer Partnerschaft sprechen kann.

Im Rahmen der Kooperation Steiermark – Bezirk L'viv gibt es zwar keine direkte Universitätspartnerschaft Graz – L'viv, aber konkrete Kooperationsabsichten in Einzelprojekten, wobei der entsprechende Rahmenvertrag zwischen beiden Regionen Ende 1997 unterzeichnet werden soll.

Positiv – und damit komme ich zur Wiener Universität zurück – hat sich die Ukrainistik am Institut für Slawistik entwickelt. In Wien wird schon seit etwa 15 Jahren die ukrainische Sprache unterrichtet, wobei der Anteil der Nichtslawisten an den Kursteilnehmern den der Slawisten meist übersteigt. Es handelt sich bei ihnen vor allem um Juristen, Mediziner, Politologen, Publizisten usw. Deren Motive zur Erlernung der ukrainischen Sprache sind ganz unterschiedlich, neben fachlichen Gründen spielt häufig die Familien geschichte oder die Freundschaft mit Ukrainer(inne)n eine Rolle. Zum Sprachunterricht kamen in der Vergangenheit nur sporadische literatur- und sprachwissenschaftliche ukrainistische Lehrveranstaltungen hinzu. Vor etwa zwei Jahren haben wir am Institut zum ersten Mal zusammengestellt, welche Lehrveranstaltungen wir für ein vollständiges Ukrainisch-Studium benötigen (dasselbe haben wir übrigens auch für ein Slowakisch-Studium gemacht), welche wir mit unseren vorhandenen Lehrkräften durch Umschichtung und neue Unterrichtsorganisation erbringen können und welche durch zusätzliche Stunden abgedeckt werden müßten. Wir kamen, was den zusätzlichen Bedarf betrifft, für Ukrainisch auf 4 Wochenstunden pro Semester, für die sich aber weder außeruniversitär noch universitätsintern oder von seiten des Ministeriums eine Finanzierung finden ließ. Gleichzeitig traten nämlich die ersten Unterrichtskürzungen infolge des Sparpakets in Kraft. Dank des unermüdlichen Einsatzes von Herrn Dr. Huk und dem Stellv. Präsidenten der Nationalen Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Jackiv, hat sich nun die Ukrainische Akademie der Wissenschaften bereit erklärt, unserem Institut in jedem 2. Semester eine Lehrkraft kostenlos zur Verfügung zu stellen, die genau die Stunden abdeckt,

die das Institut nicht leisten kann, sodaß wir nun keine Schwierigkeiten haben, eine sogenannte „Fächerkombination“ Ukrainisch, also ein Nebenfach mit ukrainistischer Ausrichtung, anzubieten. Für ein Hauptfach „Ukrainistik“ müssen wir nach dem neuen Universitätsstudiengesetz ein langwieriges Genehmigungsverfahren durch das Ministerium beantragen. Die erste Studentin, für deren Entscheidung übrigens die Teilnahme am Sommerkolleg in Lemberg eine wichtige Rolle gespielt hat, hat die Fächerkombination bereits inskribiert.

II. Die Rolle des Ukrainischen in Österreich

Welche Rolle kann die ukrainische Sprache und Literatur im Moment, welche zukünftig in Österreich spielen? Vor überzogenen Erwartungen muß gewarnt werden. Hierzu zwei Thesen:

These 1: Der Stellenwert einer Fremdsprache in einer Gesellschaft hängt primär von ihrem Stellenwert auf dem Arbeitsmarkt ab.

Herr Dr. Breinschmid von der österreichischen Wirtschaftskammer hat im Gespräch darauf hingewiesen, daß im Rahmen der österreichisch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen Verhandlungen größtenteils nicht auf ukrainisch, sondern auf deutsch oder englisch geführt werden – mit den entsprechenden Dolmetschern, die von ukrainischer Seite gestellt werden –, wie dies hinsichtlich des Englischen mittlerweile überall in der Welt der Fall ist. Kein Österreicher lernt beispielsweise Koreanisch, um mit Korea Handel zu treiben, sondern er bedient sich des Englischen. Etwas anders sieht die Situation aus, wenn in der Ukraine nicht einfach nur gekauft oder verkauft, sondern produziert wird und ein österreichischer Geschäftsführer, eventuell noch mit einem oder einigen Mitarbeitern, zumindest für ein paar Jahre in die Ukraine geschickt wird. Hier sind ukrainische bzw. im Ostteil der Ukraine (noch) russische Sprachkenntnisse unerlässlich, ebenso meines Erachtens eine gewisse Vertrautheit mit dem Land, die sich nur durch einen mehrmonatigen Aufenthalt (am besten während des Studiums) erwerben läßt. Diesem Bedarf versucht das Wiener Institut für Slawistik gerecht zu werden, indem wir uns bemühen werden, unseren Studierenden Auslandssemester und Praktika in der Ukraine zu vermitteln. Denn obwohl das Slawistik-Studium ursprünglich eher auf die Ausbildung von Wissenschaftlern oder Lehrern ausgerichtet war, ist nicht zu übersehen, daß ein großer Teil unserer Absolventen später in ökonomischen Bereichen tätig ist.

Meiner Beobachtung nach beginnt Ukrainisch in manchen Wissenschaftsdisziplinen heute für Spezialisten interessant zu werden: in der Rechtswissenschaft, der Publizistik, der Geschichte, der Politikwissenschaft, der Kunstgeschichte, der Ethnologie. Wichtiger sind aber die außeruniversitären Arbeitsbereiche, in denen Kenntnisse des Ukrainischen heute nützlich sind. Wie ich durch eine Absolventenbefragung erfahren habe, sind dies: die Medien, die EU, das Marketing, der Tourismus, der Kultauraustausch und der humanitäre Bereich (z. B. Caritas). Auch Unternehmen, vor allem solche, die bereits Beziehungen zu Rußland unterhalten und eine Ausweitung ihrer Tätigkeit auf die Ukraine pla-

nen, sehen Kenntnisse der ukrainischen Sprache als Vorteil an. Dabei können Ukrainisch-Kenntnisse aber immer nur ein Zusatz-Plus sein, das einen Stellenbewerber aus der Menge der anderen heraushebt; auf die üblichen berufsspezifischen Qualifikationen verzichtet der Arbeitgeber deshalb in der Regel nicht. Beispielsweise setzt die EU immer perfekte Englisch- und Französischkenntnisse voraus, ohne die auch das beste Ukrainisch dem Stellenbewerber gar nichts nützt.

Attraktive Arbeitsplätze für Österreicher in der Ukraine selbst sind bisher noch sehr selten, es überwiegen bei denjenigen, die Ukrainisch beherrschen und es beruflich auch verwenden können (das sind bei weitem nicht alle), Tätigkeiten in Österreich mit einem Bezug zur Ukraine. Ohne Zweifel stehen Österreicher mit Ukrainischkenntnissen in Konkurrenz zu noch auf lange Sicht wesentlich billigeren ukrainischen Arbeitskräften mit sehr guten Deutschkenntnissen.

Fazit: Obwohl eine ganze Reihe Studierender sich aus persönlichen Gründen für das Ukrainische interessiert, sind verständlicherweise diejenigen zahlreicher, die ihre Sprachenwahl nach der Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt ausrichten – und die ist für das Ukrainische noch recht beschränkt.

These 2: Der Stellenwert der ukrainischen Sprache in Österreich und überhaupt im Ausland hängt ganz deutlich von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Ukraine selbst ab.

Dies gilt in mehrfacher Hinsicht:

- a) Eine verstärkte Ansiedlung österreichischer Unternehmen vor allem in der Westukraine würde in Österreich das Interesse an der Sprache fördern, da junge Leute sich eine Chance auf eine Tätigkeit in oder mit der Ukraine erhoffen könnten.
- b) Ein längerfristiger wirtschaftlicher Aufschwung in der Ukraine, verbunden mit einer kontinuierlichen demokratischen Entwicklung, wäre die Voraussetzung für ein erhöhtes Interesse an der Ukraine in der österreichischen Öffentlichkeit, d. h. in den Medien, in der Politik, in der Tourismusbranche, in der Wissenschaft und natürlich wieder in der Wirtschaft.
- c) Nicht zuletzt entscheidet die Verbreitung des Ukrainischen in der Ukraine über das Interesse an dieser Sprache. Solange man mit Russisch mindestens genauso gut durch das ganze Land reisen kann (37% der Bewohner der Ukraine sprechen überwiegend oder ausschließlich ukrainisch, 40% sprechen überwiegend oder ausschließlich russisch, 20% verwenden bei Sprachen in gleichem Maße; Quelle: Rainer Münz), ist die Bereitschaft der Ausländer, Ukrainisch zu lernen, gering. Sie hat bezeichnenderweise erst dann einen gewissen Aufschwung erlebt, als ukrainische Politiker im internationalen Umfeld (sei es im Ausland, sei es beim Empfang ausländischer Delegationen im eigenen Land) darauf bestanden, ukrainisch und nicht russisch zu sprechen. Trotz der Selbständigkeit der Ukraine seit 1991 wird sie in Westeuropa oft leider immer noch als ein Teil Rußlands empfunden. Eine behutsame, auf lange Dauer angelegte Förderung der ukrainischen Sprache und eine daraus resultierende flächendeckende Verwendung

des Ukrainischen wäre auch dem Ausland gegenüber ein deutliches Zeichen für die Eigenständigkeit der Ukraine.

Fazit: Ein positives Bild der Ukraine in der Öffentlichkeit und eine stete Zunahme der Verwendung des Ukrainischen in der Ukraine selbst (meine persönliche Prognose lautet, daß das Ukrainische noch zwei Generationen brauchen wird, bis es sich im ganzen Land durchsetzt) schaffen die besten Voraussetzungen für ein stetig wachsendes ausländisches Interesse an der ukrainischen Kultur.

Juliane Besters-Dilger

Die Autoren

Gregor RAZUMOVSKY

ist beim IDM mit der redaktionellen Bearbeitung der Zeitschrift „Der Donauraum“ betraut.

Univ.-Prof. Dr. rer.oec. Anton FILIPENKO

ist Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaft an der Taras-Ševčenko-Universität in Kiew und befaßt sich mit den makroökonomischen Prozessen, die in der im Wandel befindlichen Ukraine zum Tragen kommen.

Dr. Volodymyr DEMČENKO

ist am Ukrainisch-österreichischen Wissenschaftszentrum der Nationalakademie der Wissenschaften der Ukraine in L'viv tätig.

Hofrat Dr. Dr. Karl ANDERWALD

ist Landesamtsdirektor-Stellvertreter im Amt der Kärntner Landesregierung in Klagenfurt. Das Land Kärnten hat unter Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto eine Partnerschaft mit der Bukovyna abgeschlossen.

Direktor Dr. Herwig GRÄBNER

ist Leiter des Bundesrealgymnasiums in Spittal an der Drau, das eine blühende Partnerschaft mit dem Gymnasium I in Černivci unterhält.

ao. Prof. Dr. Stefan KARNER

ist Leiter des L.-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung in Graz/Wien und lehrt an der Universität Graz.

Botschafter Dr. Georg WEISS

war als Vorgänger von Botschafter Dr. Fabjan der erste österreichische Botschafter in der Ukraine und hat in dieser Position wesentlich zu der Entstehung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Ukraine beigetragen.

Sektionschef Dr. Othmar HUBER

ist geschäftsführender stellvertretender Generalsekretär des IDM. Bis zu seiner Pensionierung 1997 war er Gruppenleiter der Gruppe VIIIA im Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr.

Prof. Dr. Juliane BESTERS-DILGER

lehrt am Institut für Slawistik der Universität Wien und baut hier den im Entstehen befindlichen Zweig der Ukrainistik auf.

